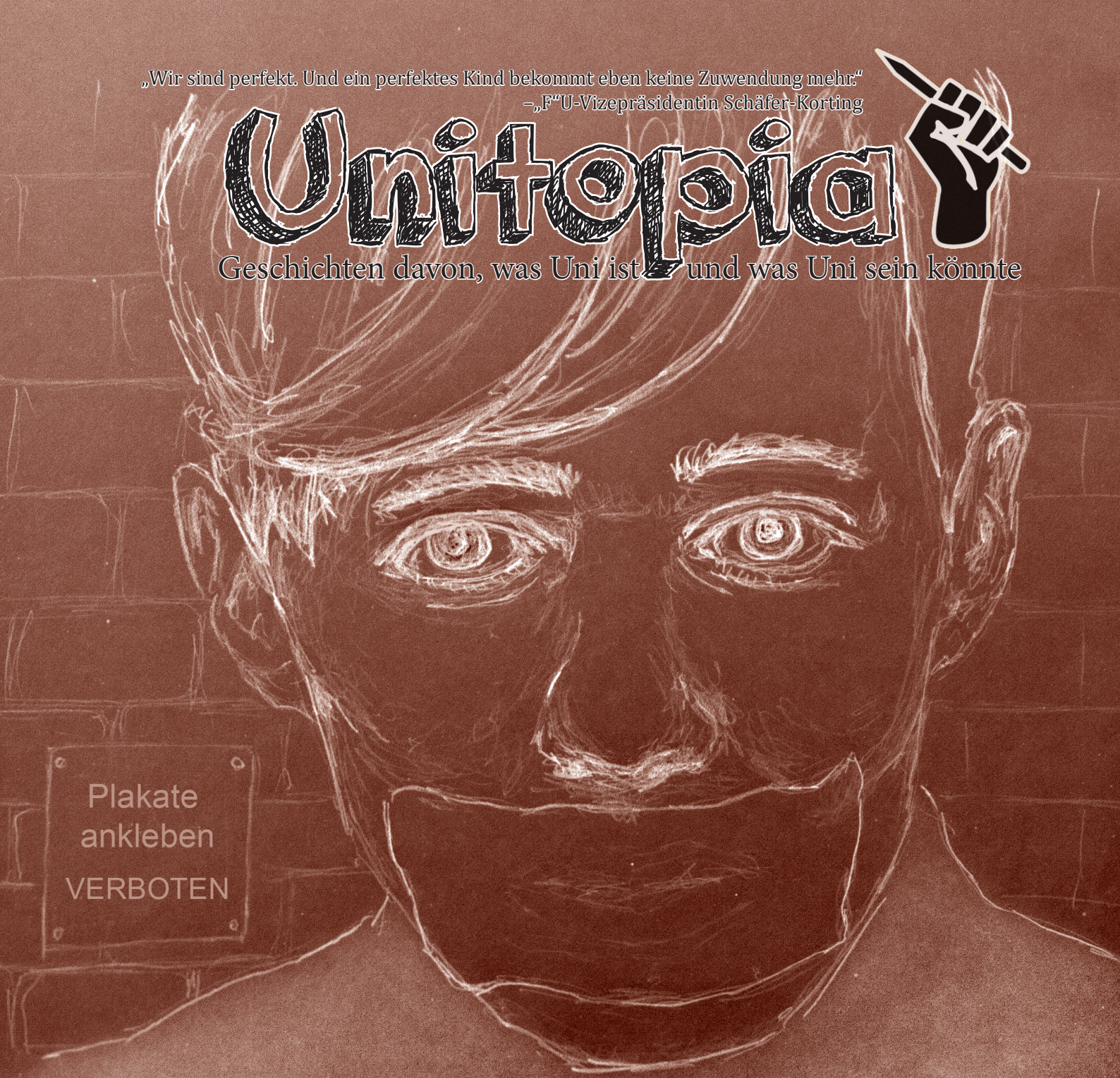
„Wir sind perfekt. Und ein perfektes Kind bekommt eben keine Zuwendung mehr.“
–„F“U-Vizepräsidentin Schäfer-Korting

Unitopia

Geschichten davon, was Uni ist – und was Uni sein könnte



DER VERLUST DER HOCHSCHULE ALS POLITISCHER RAUM

NEUES VON DEN HOCHSCHULEN
HU-BILDUNGSSTREIK 2014
DAS PHÄNOMEN „UNPOLITISCH“

Eine Publikation des Bildungsprotests
#3 April 2014

Berlin, 9.3.2014

Liebe_r Leser_in,

vor nunmehr einem Jahr haben einige interessierte Menschen aus dem „F“U-Bildungsprotestplenum sich zusammengesetzt, um eine inhaltliche Aufarbeitung des RSPO-Prozesses zu gestalten, die Verlauf, Protest und Hintergründe thematisiert. Inzwischen ist die Unitopia mit der dritten Vollausgabe und zwei Kompaktausgaben zu einem stetigen Projekt geworden. Wir sind über das beschauliche Dahlem hinausgewachsen und freuen uns, dass Menschen von der TU und HU zu uns gefunden haben. Außerdem haben wir in dieser Ausgabe Texte von zwei Redakteurinnen, die ein Jahr an Universitäten in Paris und Lissabon verbringen und uns etwas von der studentischen (Protest-)Kultur dort berichten.

In der Unitopia versuchen wir sowohl abzubilden, was an den Unis passiert, als auch darzustellen, was für eine Universität wir uns vorstellen, wünschen und ermöglichen wollen.

In dieser Ausgabe betrachten wir den ‚Verlust der Hochschule als politischen Raum'. Universitäten, die zeitweilig als Zentren kritischen Denkens, Hinterfragens tradierter Strukturen und Ausprobierens neuer Formen des Miteinander-Lebens und Voneinander-Lernens galten, werden mehr und mehr zu Lernfabriken, die nur noch der ökonomischen Qualifikation dienen. Das ‚Politische' an sich wird zum Stigma und der Blick über den Tellerrand der Universität zum Bonitätsverlust.

Neben dem Titelthema haben wir wieder eine Sektion, in der wir berichten, was an den Unis so los ist. Insbesondere die HU haben wir uns etwas näher angeschaut, da sich dort gerade ein recht großes Bildungsstreik-Bündnis gegründet hat, das Proteste für das Sommersemester 2014 vorbereitet.

Die Unitopia ist ein Non-Profit-Projekt. Wir schalten keine Werbung gegen Geld, sondern unterstützen lediglich andere nichtkommerzielle Projekte, indem wir ihnen die Möglichkeit geben, bei uns mit Anzeigen auf sich aufmerksam zu machen.

Die Unitopia wird geschrieben, illustriert und editiert von Menschen aus dem Bildungsprotest-Umfeld, die sich kritisch mit (Hoch-)Schulen, Bildungspolitik und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft auseinandersetzen. Wir verstehen uns als basisdemokratisch und links und setzen uns für ein sozial gerechtes Bildungssystem und eine wirklich freie (Hoch-) Schule ein, in der Menschen selbstbestimmt und solidarisch ihrem Bildungsdrang nachgehen können.

Euer Redaktionskollektiv

Die Meinung einzelner Beiträge spiegelt nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs wider.

Lizenz

Die Unitopia erscheint unter der Creative-Commons BY-NC-SA Lizenz. Alle Inhalte dürfen unter Nennung der Quelle für unkommerzielle Zwecke und unter den gleichen Lizenzbedingungen weiterverwendet werden.

Mitstreiter_innen gesucht

Wir suchen weitere interessierte Mitschreiber_innen. Wenn ihr Lust habt oder erst einmal einfach nur vorbeischnuppern wollt, schreibt uns einfach eine Mail.

Gendergap

Wir nutzen den sogenannten Gendergap (z.B. Leser_innen) um Menschen aller Geschlechter anzusprechen.

Credits

Das Coverdesign für diese Ausgabe wurde gezeichnet von **sqrl.** Andere Illustrationen von **radow**.

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dem_der Absender_in der Grund der Nichtaushändigung zu nennen.

Kontakt/Impressum

Bildungsprotest.FU@riseup.net
www.bildungsprotestFU.net
...und auf Facebook.

Inhalt

02 ***Editorial & Inhalt***
Über uns und diese Ausgabe

Verlust der Hochschule als politischer Raum

09 ***Einführung***

10 ***Leben in der postpolitischen Gesellschaft***
Das Phänomen „unpolitisch“

12 ***Das exzellente Ich***
Studium als Selbstoptimierung : Uni als politischer Raum? Eher als Spa für Humankapitalpflege

14 ***Elitär und exzellent: unpolitische Eigenschaften?***
Die „entpolitisierte“ Eliteuni ist selbst ein politisches Projekt.

16 ***Hochschulpolitisches Diskussionsklima***
„Sachzwänge“ vs. „Ideologie“ - Inhalte sind in den Gremien der „F“U ungern gesehen

18 ***Zensur an „F“U und HU***
Politisches wird mittlerweile ganz physisch aus den Unis verdrängt

20 ***Auslandskorrespondenz: Paris***
Die Uni als politischer Raum anderswo: Das neue „Reglement Interieur“ trifft auf den Geist von 1969

22 ***Auslandskorrespondenz: Lissabon***
Von sadistischen Ritualen, Revolutionär_innen und automatischer Anwesenheitskontrolle

Neues von den Hochschulen

04 ***Newsflash***
Refugees, letztmalige Prüfungstermine, SfS-Reform, TU-Viertelparität

06 ***HU-Bildungsstreik***
Fakultätsreform, Haushaltsloch, Brief an den Bildungsstreik

Basics

24 ***Stimmengewirr***
Hochschule als politischer Raum - damals und heute

25 ***Urban Gardening***
Gastbeitrag: Neues Permakultur-Projekt an der „F“U

26 ***Abgeschrieben: Es geht ums Ganze***
In „Abgeschrieben“ veröffentlichen wir Texte anderer Gruppen. Diesmal vom AStA TU.

27 ***Lernmaschinen***
Gedicht zur Bildungspolitik

Terminhinweis

Solikonzert für den Bildungsprotest
Wegen Anwalts- und Gerichtskosten, die im Zusammenhang mit der AS-Sitzung in Teltow im Rahmen der RSPO-Proteste entstanden sind.

Mit ‚**Früchte des Zorns**‘ , Vokü und mehr.

19 Uhr, 29.04. im Tommy-Weisbecker-Haus
(Wilhelmstr. 9, U1/U6 Hallesches Tor)

Newsflash *1. HALBJAHR 2014*

SOLIDARITÄT MIT GEFLÜCHTETEN - SYMBOLISCH UND PRAKTISCH

Ein Berliner Bündnis von Schüler_innen und Studierenden hat sich seit Ende 2013 formiert, um die bundesweit immer sichtbarer werdende politische Organisation Geflüchteter und ihrer Sympathisant_innen auch in die (Hoch-) Schulen zu tragen. Die zentrale Forderung des „Refugee Schul- und Unistreiks“: Bleiberecht für Alle!

Problematisiert wird dabei die rassistische Politik gegenüber Geflüchteten sowohl auf europäischer Ebene - hier geht es gegen die Politik der Abschottung bis hin zu den kriegsartigen Methoden der Frontex-Boote im Mittelmeer - als auch vor Ort. Denn hier werden diejenigen, die das europäische Festland doch erreichen konnten - und nicht etwa ohne echte Chance darauf, überhaupt einen Asylantrag zu stellen, per Flughafen-Abschiebeverfahren direkt wieder weggeschickt wurden - durch Unterbringung in Lagern, Residenzpflicht (die die Menschen permanent an den Ort ihrer Unterkunft bindet), Arbeitsverbote und ewig andauernde Asylverfahren schikaniert. Die Geflüchteten, die dagegen u.a. mit ihrem Camp auf dem Berliner Oranienplatz protestieren, sind laufend Polizeigewalt ausgesetzt.

Das Bündnis mobilisierte mit mehreren Teach-Ins an den Berliner Universitäten für eine Demonstration, die diesen Verhältnissen ein klares Zeichen der Solidarität entgegensetzen wollte. Zur Demo am Donnerstag, den 13. Februar, kamen rund 2.000 überwiegend sehr junge Menschen - Schüler_innen waren augenscheinlich in größeren Zahlen vertreten als Studierende und ließen sich auch von der hetzenden Springer-Presse („Skandal! Schwänzerei!“) nicht beeindrucken. Sie liefen vom Neptunbrunnen vor dem Roten Rathaus bis zum Camp der Geflüchteten am Oranienplatz. Die Demonstration war bunt, lautstark und friedlich, doch als der Zug längst angekommen war, ließ es sich die Polizei nicht nehmen, noch ein paar Menschen aus der Menge zu verhaften.

Das Bündnis möchte sich von diesem Auftakt motiviert weiter für die Rechte der Geflüchteten einsetzen. Mehr Infos: *http://refugeeschulstreik.wordpress.com/*

Wie sich das Motto „Solidarität muss praktisch werden“ umsetzen lässt, demonstriert derweil die Alice-Salomon-Hochschule (ASH) im Osten der Stadt: Sie verlegt seit dem Spätsommer 2013 Lehrveranstaltungen in das zuletzt von rechten Gruppierungen bedrohte neue Asylbewerber_innen-Heim in Hellersdorf - und öffnet im Gegenzug ihre Pforten für die dort untergebrachten Asylsuchenden. Diese können die Infrastruktur der Hochschule nutzen und dort u.a. Deutschkurse belegen; ebenso wird geflüchteten Kindern mittlerweile an der ASH Schulunterricht gegeben[1].

1 „Berliner Zeitung“ vom 26.08. (*https://tinyurl.com/BerlZ-ASH-1*) und 16.09.2013 (*https://tinyurl.com/BerlZ-ASH-2*)

Präsidentschaftswahl an der TU

VIERTELPARITÄT: PRÄSIDENT FLIEGT, KLAGE LÄUFT

An der TU Berlin ticken die Uhren anders: Im Mai 2013 beschloss der Erweiterte Akademische Senat (eAS), die Gleichberechtigung der universitären Statusgruppen per Viertelparität zu stärken. Der Präsident, Jörg Steinbach, erklärte den Beschluss für ungültig. Bei der Präsidentschaftswahl im Januar 2014 wurde er unter anderem dafür abgewählt. Zugleich läuft eine Klage zur Durchsetzung der Viertelparität.

Im Mai 2013 hatte der eAS mit 35 : 22 Stimmen für eine neue Grundordnung gestimmt, die einen paritätisch besetzten eAS vorsah. Demnach sollten je 15 Profs, WiMis, Studis und SoMis im nächsten eAS vertreten sein. Der eAS wählt das Präsidium und setzt grundlegende Richtlinien. Doch Präsident Jörg Steinbach kündigte sogleich an, den Beschluss im Rahmen seiner Rechtsaufsicht „kassieren“ zu wollen. Am 8. Juli 2013 machte er sein Versprechen wahr. Dazu berief er sich auf eine fachlich schwache Rechtseinschätzung der Senatsverwaltung für Bildung.

Dafür erhielt Präsident Steinbach am 8. Januar 2014 die Quittung: Mit 40 zu 12 Stimmen bei 9 ungültigen, wählte der eAS den Herausforderer Christian Thomsen zum neuen Präsidenten der TU Berlin. Durch die Viertelparitätsentscheidung hatte Steinbach die Unterstützung in der linken Hälfte des eAS verspielt. Im Wahlkampf musste er mehrmals eingestehen, dass er sich kontraproduktiv verhalten hatte. Es ist fraglich, ob Thomsen anders gehandelt hätte. „Aber im Gegensatz zu Steinbach hat Thomsen noch nicht verkackt“, kommentierte ein eAS-Mitglied.

Unterdessen legen eAS-Mitglieder Rechtsmittel gegen die gekippte Viertelparität und die Einschätzung der Senatsverwaltung ein. Ihre Chancen stehen nicht schlecht: Immerhin hatte selbst das berüchtigte Viertelparitätsurteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1973 festgehalten, dass Gremien wie der TU-eAS paritätisch besetzt werden können. Die Anwalts- und Gerichtskosten des Verfahrens übernimmt netterweise die TU Berlin.

Mehr unter: *http://asta.tu-berlin.de*

LETZTMALIGE PRÜFUNGSTERMINE FÜR DIPLOM UND MAGISTER

Wie ausführlich in der letzten Unitopia kompakt[1] berichtet, sollten auf Anweisung des „F"U-Präsidiums im letzten Semester[2] in allen Fachbereichen letztmalige Prüfungstermine für die auslaufenden Diplom- und Magisterstudiengänge festgelegt werden. Hierbei wurden vom Präsidium zunächst scharfe Fristen kalkuliert, die vielen Betroffenen den Abschluss ihres Studiums faktisch verunmöglicht hätten. Diese wurden zumeist von den Dekanaten als Beschlussvorlagen übernommen, studentische Initiativen konnten in verschiedenen Fachbereichen allerdings zumindest „humanere" Fristen sowie zuvor nicht vorgesehene Härtefallregelungen erwirken. In einigen Fällen bissen sie allerdings auf Granit. Hier sollten Klagen in Erwägung gezogen werden: Die betroffenen Studierenden sollen hier ohne Not aus der Uni geworfen werden, die die öffentlichen Gelder für deren komplettes Studium längst erhalten hat - nur weil sie die damit abgegoltenen „Leistungen" der Uni über einen längeren Zeitraum verteilt anstatt innerhalb weniger Semester in Anspruch nehmen. Nur im Fachbereich PolSoz steht die Entscheidung noch aus. Zudem wird im Akademischen Senat Ende April 2014 noch über einen studentischen Antrag verhandelt, der eine uniweite Regelung von „Mindeststandards" für die Betroffenen vorsieht und noch nachträgliche Änderungen der Fachbereichsregelungen erwirken könnte. An HU und TU sind ebenfalls bereits Beschlüsse erfolgt. An der HU sind aktuell diverse Klagen dagegen anhängig.

1 *http://www.bildungsprotestfu.net/unitopia/kompakt-januar-2014/*

2 dazu detailliert: *http://fuwatch.de/?p=4831; http://www.astafu.de/content/letztmalige-pr%C3%BCfungstermine-diplommagister-rund-1500-betroffene-studierende-der-fu-berlin-as*

Übersicht letztmalige Prüfungstermine „F"U

nach „Erfreulichkeit" geordnet, alle Angaben ohne Gewähr
wegen Staatsexamen nicht betroffen: Veterinärmedizin, Medizin, Pharmazie, Jura

	Fachbereich / ZI	Letztmaliger Prüfungstermin	Härtefallregelung
⊕	Mathematik und Informatik	2020	sehr umfangreich
⊕	John.–F–Kennedy–Institut	31.03.2017	sehr umfangreich
⓪	Geschichts- und Kulturwissenschaften	31.03.2016 Ind. Kunstgesch. 31.03.2017	sehr umfangreich
⓪	Physik	2017	keine
⓪	Politik- und Sozialwissenschaften	*bislang kein Beschluss*	
⊖	Wirtschaftswissenschaft	31.03.2016	eng, ≤ 2 Semester
⊖	Biologie, Chemie, Pharmazie	Chemie 31.03.2015 Biochemie 31.03.2019 Biologie unklar	unklar, wahrsch. keine
⊖	Lateinamerikainstitut	30.09.2015	eng, ≤ 2 Semester
⊖	Erziehungswissenschaft und Psychologie	30.09.2015 Psychologie 30.09.2016	keine
⊖	Philosophie und Geisteswissenschaften	30.09.2015 Frankreichstudien 30.09.2016	keine
?	Osteuropainstitut	unklar, wahrsch. 30.09.2015	unklar
?	Geowissenschaften	unklar, wahrsch. 30.09.2015	unklar

DIE NÄCHSTE STUDIENREFORM? SFS AUF DEM PRÜFSTAND

Der zähe Prozess um die Einführung der Rahmenstudien- und -prüfungsordnung (RSPO, s. Unitopia #1 [1]) findet noch einen Nachklapp: Eine Reform der „F"U-Satzung für Studienangelegenheiten (SfS) steht im kommenden Sommersemester 2014 an.[2] Die SfS ist ebenfalls eine Rahmenordnung, die durch die neue RSPO eigentlich überflüssig gemacht werden sollte. Die Zusammenführung aller uniweiten Regelungen zum Studium in einem Dokument war schließlich ein plausibler Hintergedanke, als die RSPO im Hochschulgesetz vorgesehen wurde. Doch an der „F"U sollen weiter mehrere Ordnungen gelten. Und durch die neue RSPO ist bei der SfS zusätzlich Änderungsbedarf entstanden, um die Kohärenz beider Dokumente zu gewährleisten.

Ein erster Entwurf des Vizepräsidenten für Studium und Lehre wurde dem Akademischen Senat (AS) und der Kommission für Lehrangelegenheiten (KfL) nun nach längerer Verzögerung vorgelegt. In zwei wichtigen Punkten würden dabei zunächst zwei langjährige studentische Forderungen teilweise umgesetzt, womit der studentischen Lebensrealität entsprochen würde: Die Zwangsberatung soll vollständig abgeschafft und das schon lange vom Berliner Hochschulgesetz geforderte Teilzeitstudium all denjenigen ermöglicht werden, bei denen verschiedene Lebensumstände nach Hochschulgesetz dafür vorliegen (z.B. Berufstätigkeit, familiäre Verpflichtungen, chronische Krankheiten oder Gremientätigkeit). Die „F"U -Leitung will dieses jedoch erst ab dem 3. Semester ermöglichen.

Im Sommersemester gilt es nun aufmerksam zu sein: Werden diese Verbesserungen tatsächlich durchkommen? Warum kein Teilzeitstudium von Anfang an? Welche Details verstecken sich noch in dem Entwurf? Problematisch erscheint nicht zuletzt die (weitere) Festschreibung der Zuständigkeit des Vereins uniAssist für die Bewerbungen ausländischer Studierender. An der HU gibt es momentan Bestrebungen, sich aufgrund des diskriminierenden Gebührensystems von uniAssist von diesem Verein zu trennen. Die Diskussion darüber wird in öffentlichen Sitzungen der „F"U-Kommission für Studium und Lehre (KfL) und des Akademischen Senats (AS) stattfinden - wir rufen alle zur (kritischen) Beteiligung auf! Hier geht es um Euer aller Studium.

1 *http://www.bildungsprotestfu.net/unitopia/ausgabe-1/*

2 siehe hierzu z.B.: *http://fuwatch.de/?p=4822; http://fuwatch.de/?p=3866; http://www.astafu.de/content/resolution-des-32-studierendenparlaments-zur-rspo-und-zur-geplanten-reform-der-sfs*

HU-Bildungsstreik

KURATORIUMSSITZUNG BLOCKIERT

„Haut ab! Haut ab!“, schallte es am 19.12.2013 durch den Flur des Hauptgebäudes der HU, eine Mistgabel und Transparente machten sich für die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät stark. 200 Studierende saßen vor dem Sitzungssaal des Kuratoriums. Das Kuratorium sollte an diesem Tag über die umstrittene Fakultätsreform entscheiden.

Warum die Blockade nötig war? Das Projekt des Universitätspräsidenten Jan-Hendrik Olbertz hatte vorher schon den Akademischen Senat durchlaufen. Dort legten zuerst die Wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen ein Gruppenveto ein, dann die Studierenden. Nach einem solchen Veto muss eine Kommission („Vermittlungsausschuss“) eingesetzt werden, die einen Kompromiss finden soll. Soweit kam es jedoch nicht einmal: Denn nach dem Gruppenveto der Studierenden trat Präsident Olbertz zurück. Daraufhin wurde von Professor_innen massiver Druck auf die Studierenden ausgeübt, ihr Veto zurückzuziehen. Die studentischen Vertreter_innen zogen ihr Veto zurück, der Präsident nahm seinen Rücktritt zurück und die Fakultätsreform wurde an das Kuratorium abgegeben - die letzte Instanz, die die Reform bestätigen musste.

Das wollten die 200 Studierenden am 19.12.2013 verhindern, indem sie eine Sitzblockade vor den Kuratoriumsräumen organisierten. Als die Kuratoriumsmitglieder auftauchten, gab es eine Diskussion zwischen ihnen und den Studierenden. Die Kuratoriumsmitglieder drohten, dass ohne eine Sitzung der Haushalt der Universität gesperrt würde. Die Fakultätsreform von der Tagungsordnung nehmen wollten sie aber nicht. Plötzlich begannen die ersten Kuratoriumsmitglieder zu verschwinden. Als die ersten Studierenden hinterherliefen, waren sie schon weg. Die Kuratoriumsmitglieder schlossen sich ein einem Raum ein, um zu tagen. Zwei Mitglieder blieben draußen, da sie nicht erfuhren, wo die Tagung stattfand. Nach der Sitzung - als alles schon beschlossen war - gab es noch ein längeres Gespräch zwischen Präsident Olbertz und Studierenden. Jetzt, im neuen Jahr, ist die Fakultätsreform beschlossene Sache, die Umsetzung hat schon begonnen.

AN DER HU BRODELT ES. WARU

WEITER?

VON RÜCKTRITTEN UND TRANSPARENZ

Bereits vor der Kuratoriumssitzung am 19.12. kam es zu einem kurzen Gespräch zwischen Präsident und Studierenden, die die Eingangstür blockierten. Dabei belehrte er die Studierenden über seine persönliche Auslegung der Repräsentation: „Sie repräsentieren die Studierenden nicht! Sie sind nur 200 Leute von über 33000 Studierenden.“ Das klang so, als seien Protestierende für ihn nur eine nicht ernstzunehmende Minderheit. Daraufhin entgegneten mehrere Studis, dass die Repräsentation im Akademischen Senat ja verhindert wurde. Die Entscheidung des Senats sei nicht gültig. Daraufhin sagte Olbertz: „Könnten Sie bitte zwei Vertreter wählen? Das geht doch alles durcheinander.“ Was? Er ging gar nicht erst auf die Argumente ein! Hieß es nicht gerade noch, die zweihundert könnten nicht für die Studis sprechen? Und plötzlich sollen zwei der zweihundert für alle sprechen? Die Idee wurde natürlich abgelehnt. Kurz darauf machte Olbertz den Vorschlag, die zwei (nicht existenten) VertreterInnen sollen doch dem Kuratorium ihre Ansichten mitteilen, das Kuratorium müsse über wichtige Dinge entscheiden.

Danach beriet das Kuratorium im Geheimen, keine_r wusste, wo. Erst nach der Sitzung, als alles Wichtige beschlossen war, kam es zu einem längeren inhaltlichen Gespräch zwischen Olbertz und den Studierenden. Olbertz meinte, ein Teil der Kritik sei berechtigt, aber da könne er nichts tun. Das seien Vorschriften „von oben“. Beim Blick auf Olbertz‘ Lebenslauf klingt dies jedoch zynisch: Bevor er Präsident der HU wurde, war der Professor Teil des von ihm kritisierten „Oben“. Von 2002 bis 2010 war er Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt für die CDU, fällte also „oben“ in der Kultusministerkonferenz einige der Entscheidungen, mit denen er anscheinend nicht mehr zufrieden ist!

2008 stürmten Aktivist_innen des Schulstreiks die HU

M? UND WIE GEHT ES

Vollversammlung an der HU am 30.01.2014 Bild by Oskar Stolz

WAS IST WAS?

Haushaltsloch

Ein Auslöser der Proteste an der HU ist ein Haushaltsloch, das zu Kürzungen u.a. in der Lehre führt. Dieses entsteht vor allem durch den aktuellen Berliner Hochschulvertrag.

Mehr zu den Hochschulverträgen findet ihr in der Unitopia-kompakt vom Januar 2014 auf unserer Website.

Siehe auch: *http://fuwatch.de/?p=4590*

Was ist die Fakultätsreform?

Bei der geplanten Fakultätsreform an der HU soll unter anderem die Zahl der eigenständigen Fakultäten (so etwas wie „F"U-Fachbereiche) durch Zusammenlegungen reduziert werden. Gleichzeitig wird im Rahmen einer „Governance-Reform" u.a. eine Erweiterung der Kompetenzen des Präsidiums zu Lasten anderer Gremien und Ebenen diskutiert.

HU-BILDUNGSSTREIK 2014

Das Bildungsstreikbündnis erreicht ihr via

Mailingliste:
http://sympa.cms.hu-berlin.de/sympa/info/bildungsstreik2014
Facebook:
http://www.facebook.com/bildungsstreikhuberlin

INTERVIEW MIT AKTIVIST_INNEN DES BILDUNGSSTREIK HU 2014

Was war der Gründungsmoment?

Es begann mit der Fakultätsreform. Diese wurde undemokratisch und intransparent vorbereitet und versucht durchzusetzen. Der Protest der (studentischen) Vertreter_innen wurde unterdrückt - unter anderem durch die Drohung des Präsidenten zurückzutreten. Daraufhin fanden erste Treffen kritischer Studierender statt.

Was ist die Kernkritik?

Wir kritisieren mangelnde studentische Mitbestimmungsmöglichkeiten, die prekären Arbeitsumstände vor allem des akademischen Mittelbaus, aber auch von SoMis und studentischen Hilfskräften. Außerdem bemängeln wir die strukturelle Unterfinanzierung der Bildung.

Was plant ihr, was für eine Perspektive seht ihr?

Ein Ziel ist, einen BildungsSTREIK auf die Beine zu stellen, vor allem geht es uns jedoch um Sensibilisierung. Das Ganze zum gesellschaftlichen Thema zu machen, viele Leute für den Protest zu gewinnen, das sind die ersten Schritte. Großer Rückhalt sowohl von Studierenden als auch von anderen gesellschaftlichen Gruppen soll dann zur Durchsetzung der Ziele führen. Da die chronische Unterfinanzierung alle Hochschulen betrifft, wollen wir uns auch bundesweit vernetzen und arbeiten auf eine bundesweite Aktionswoche hin.

Vernetzt ihr euch nur mit anderen Studierenden?

Nein, wir wollen uns mit anderen Statusgruppen solidarisieren. Insbesondere die WiMis sind von den Kürzungen betroffen. Sie leiden mit ihren Lebensumständen und ihren Arbeitsbedingungen (Mehrarbeit, Unterbezahlung) besonders.

Wie erlebt ihr den Diskurs in der Universitätsöffentlichkeit?

Ein Problem ist die extrem intransparente Informationspolitik des Präsidiums. Viele Floskeln und Phrasen, aber stets ungenau. Missstände werden verschleiert, Studis werden beschwichtigt, dadurch kommt das Problem bei vielen nicht an. Die Vollversammlung mit über 1000 Studis zeigt jedoch, dass es dennoch wahrgenommen wird.

Ihr sprecht von Bildungsstreik. Seht ihr euch in der Tradition von 2009?

Ja, in gewisser Weise. 2009 war unabhängig vom Erfolg, im Sinne umgesetzter Ziele, ein mehr als bundesweiter Protest, der viele Menschen erreicht und sensibilisiert hat.

Mehr sur-real-Politik Wagen!!

KOMMENTAR ZUR LAGE AN DER HU

Liebe Leute vom HU-Bildungsstreik-Bündnis,

wir fragen uns in dieser Unitopia: Kann die Hochschule als politscher Raum zurückerobert werden? Bei euch an der Humboldt-Universität sieht es ja gerade ein bisschen so aus.

In der Folge der überfüllten Vollversammlung vom 30.01.2014 bildete sich bei euch ein Kreis von rund 100 motivierten Studis. Ihr wollt euch dem Lehre-gefährdenden Spardiktat des Präsidiums nicht unterordnen. Ihr wollt eingreifen in Fakultätsreform und WiMi-Ausstattung. Ihr formiert euch in Arbeitsgruppen, bereitet einen Apparat für Öffentlichkeitsarbeit, Austausch und Aktionen vor.

Das finde ich toll. Doch etwas wundere ich mich: Wozu baut ihr diese Infrastruktur auf? Für solche Politik der Gremienvernetzung und Presseerklärungen, für die gibt es doch schon die verfasste Studierendenschaft mit Studierendenparlament und RefRat. Die haben sogar Geld und Mandate dazu.

Was hilft es, realpolitischer als die Realität zu sein? Die real existierende Hochschulpolitik, zu der auch die verfasste Studierendenschaft zählt, sie kann nur scheitern. Denn sie ist Teil des Problems. Die Hochschulen werden nicht in den internen Gremien gestaltet. Sondern vor Gerichten, in Fördervergabeverfahren, vielleicht auch manchmal in den individuellen Spielräumen von Wissenschaftler*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen. Für die kleinen Verbesserungen sind die Gremien zu weit oben in der Hierarchie, für die großen zu bedeutungslos. Sie können nur die Sachzwänge abnicken, die man ihnen vorlegt, und mit einem Stoß heißer Luft veredeln.

Seid doch mal sur-real-politisch! Ein bisschen Traum, ein bisschen Vision! Träume von tanzenden Menschen. Weil Lehrveranstaltungen wegbrachen, haben in der unverhofften Freizeit Studierende einen Club namens „Schuldenbremse“ in den neuen Räumen des Bundesbildungsministeriums eröffnet. Mit den Einnahmen soll Hochschulen und Schulen finanziell unter die Arme gegriffen werden. Und aufgrund des neu erhobenen studentischen Wegzolls neben der HU am Kupfergraben unterstützt sogar Bundeskanzlerin Merkel auf dem Weg zu ihrer Privatwohnung die Streikkassen. Ein Teil des Geldes geht auch an kämpfende Refugees. Das Präsidium der HU und der Berliner Senat haben netterweise ihre Dienst- und Privatautos zur Versteigerung freigegeben. Und wir nehmen horrende Abgaben von komischen Firmen, die unbeding Werbung in den Unis verbreiten wollen.

Da die öffentliche Verwaltung nichtmal den Haushalt des Bildungssystems geregelt bekommt, freut sie sich sicherlich, wenn wir Studis auf diese Art zur Hilfe kommen. Wir Aktivbürger*innen! Wir tanzen und die Verhältnisse mit uns. Die studentische Schuldenbremse greift.

Klingt unrealistisch? Naja, auch nicht unrealistischer als die Vorstellung, dass eine energische Petition ans Hochschulpräsidium die Situation retten wird, oder? :)

Ich freue mich auf den Sommer.

Ein_e solidarische_r Unitopist_in

„Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken!“ - Rosa Luxemburg

Thema: Der Verlust der Hochschule als politischer Raum

In der populären Vorstellungswelt gelten Universitäten häufig immer noch als Ort, an dem Freigeister sich austoben - ein Ort, an dem der Abstand zur gesamtgesellschaftlichen Realität gerade groß genug ist, um diese kritisch zu hinterfragen und praktisch wie theoretisch über Alternativen nachzudenken. Vielen ehemaligen Studierenden ist dies noch heute als begeisternder Aspekt ihrer Studienzeit ins Gedächtnis eingebrannt. Oft wird dem allerdings mittlerweile entgegnet: Ach, das war mal, heute funktioniert die Uni doch ganz anders.

Es soll uns in dieser Unitopia-Ausgabe nicht darum gehen, die Vergangenheit zu verklären. Zu behaupten, dass dieses Ideal (als solches möchten wir es doch festhalten) einmal Wirklichkeit war, wäre eine unangebrachte Romantisierung - wie auch das „Stimmengewirr“ auf S. 24 veranschaulicht.

Dennoch nehmen wir eine qualitative Veränderung wahr: Vor einigen Jahrzehnten gab es trotz aller politischen Passivität, die auch damals viele Hochschulmitglieder an den Tag legten, einen Platz für kritische Wissenschaft, Wissenschafts(selbst)kritik und Politik an der Uni. Freiräume - bildlich wie wörtlich verstanden - existierten und wurden genutzt. Von den Erfahrungen, die eine oder zwei Generationen damals machten, zehrt die Gesellschaft noch heute, auch nach dreißig Jahren der konservativen „Gegenrevolution“. Diese Freiräume verschwinden jedoch nach und nach im gegenwärtigen Leitbild der „unternehmerischen“ Hochschule, die zuallererst als ökonomischer Leitungs- und Leistungsapparat konzipiert ist, sei es in der Forschung, in der Lehre oder der Verwaltung. Dieses zeigt sich an der „F“U, wenn die Präsidialpolitik allen Ernstes darauf abzielt, „sich im Wettstreit der deutschen Hochschulen erfolgreich zu behaupten“, um sie mit ihren eigenen Worten zu zitieren.[1]

Auch in der „formalen“ Hochschulpolitik schlägt sich dies nieder. In den frühen Siebzigerjahren gab es kurzzeitig die Drittelparität in den Entscheidungsgremien der „F“U: Studierende, Profs und wissenschaftliche Mitarbeiter_innen (die heutige vierte Statusgruppe, die sonstigen Mitarbeiter_innen, fielen aus dem Raster) teilten die Sitze gleichmäßig untereinander auf. Schnell wurde dieses Demokratie-“Experiment“ allerdings von klagefreudigen Profs beendet; diese haben nun die gesetzlich festgeschriebene absolute Mehrheit in allen akademischen Entscheidungsgremien. Der Kampf um die Viertelparität, jetzt also mit allen vier Gruppen, wird momentan wieder an verschiedenen Orten geführt - z.B. auch an der TU Berlin, siehe S. 4. An den empörten Reaktionen vieler Profs, die sich kategorisch gegen paritätische Sitzverteilungen stellen, ist jedoch schnell zu merken, wie sehr ein solch egalitärer Ansatz dem einseitigen Verständnis der Hochschule als Hochleistungsbetrieb widerspricht.

Auch quantitative Indizien dafür, dass Politik an der „F“U irgendwie mal eine größere Rolle spielte, lassen sich finden: So nahmen an den zentralen Gremienwahlen in den Achtzigerjahren noch regelmäßig 20 - 25% der Studierenden teil. Seit 2000 sind es noch um die 5 %, mit einem kleinen Ausschlag nach oben bei der letzten Wahl der zentralen akademischen Gremien, der vermutlich auch mit der Prominenz der RSPO-Proteste zusammenhängt. Auch in den anderen Statusgruppen sind ähnliche Tendenzen zu erkennen.[2]

Ist das nun „Politikverdrossenheit“? Wir vermuten, dass zu dieser „postpolitischen“ Hochschule sowohl strukturelle als auch ideologische Veränderungen geführt haben. Ein achselzuckendes „Die Leute haben jetzt eben anderes im Kopf“ wird dem nicht hinreichend gerecht - wir gehen auf den nächsten Seiten auf Ursachenforschung.

1 Siehe Webpräsenz der Vereinten Mitte, die den Präsidenten stellt: *http://page.mi.fu-berlin.de/jhs67/vm/*

2 Siehe Statistiken des Zentralen Wahlvorstands: *http://web.fu-berlin.de/zwv/grafiken.htm*

Leben in einer postpolitischen Gesellschaft

DAS PHÄNOMEN ‚UNPOLITISCH'

Unpolitisch - was soll das bedeuten?

‚Politisch' zu sein ist nicht mehr en vogue. Während noch vor einigen Jahren gewisse Begriffe, wie demokratisch, humanistisch oder progressiv derart positiv konnotiert waren, dass sie von vielen verschiedenen Menschen und Gruppen okkupiert und bis zur Unkenntlichkeit auf sich zurechtgebogen wurden, gelten viele Prädikate, die eine_n als ‚politisch' identifizieren, inzwischen vielen Menschen als Makel.

Dass Fachschaftsinitiativen etwa basisdemokratisch, (auch) allgemeinpolitisch und links sind, das sind Schlüsseleigenschaften ihres Entstehungsprozesses, die lange Zeit als Qualitätsmerkmale hochgehalten wurden. Sie entstanden als Alternativen zu den formalisierten Fachschaftsräten, die mit ihren vorgegebenen Strukturen und dem Maulkorb des hochschulpolitischen Mandates basisdemokratische Arbeit und den Blick über den Universitätstellerrand hinaus in die (politische) Gesellschaft unmöglich machten.

In der näheren Vergangenheit scheint es jedoch immer mehr Studierende zu geben, die zu solchen Attributen einen skeptischen Abstand wahren, um nicht Gefahr zu laufen, selbst den Makel des ‚Politischen' angeheftet zu bekommen. Stattdessen fordern manche Studierende Service-Inis, die ihnen ausschließlich ehrenamtliche Dienstleistungen bereitstellen und sich ansonsten in die vermeintliche Neutralität des „Unpolitischen" zurückziehen.

Bis in die 90er Jahre hinein war das Credo des Unpolitischen gewissen Elementen der Skinheadszene oder etwa Dürrenmatts Edith Marlok[1], deren Desillusion sie in einen postpolitischen Nihilismus führt, vorbehalten. In beiden Fällen dürften Frustration und Perspektivlosigkeit Grundmotivationen für diesen Gesinnungsausdruck sein. Wenngleich der Begriff heute insbesondere auch von solchen Menschen und Gruppen als Selbstbezeichnung verwendet wird, die zumindest ökonomisch alles andere als perspektivlos sind, so lässt sich eine solche Haltung vielleicht doch auch damit erklären, dass wir allem Gerede von liquid democracy, globalen Kommunikationsmöglichkeiten und Petitionsfluten zum Trotz in einem Zeitalter der politischen „Alternativlosigkeit" angekommen sind.

Diese Vokabel, die aus der Rhetorik der meisten Politiker_innen kaum noch wegzudenken ist, steht symptomatisch für einen ‚Demokratiestil', der auf dem Ausschluss vieler Menschen von Entscheidungsfindungsprozessen beruht und somit verhindert, dass tatsächliche Demokratie überhaupt erst aufkommt.

Unpolitisch - warum ist das ein Problem?

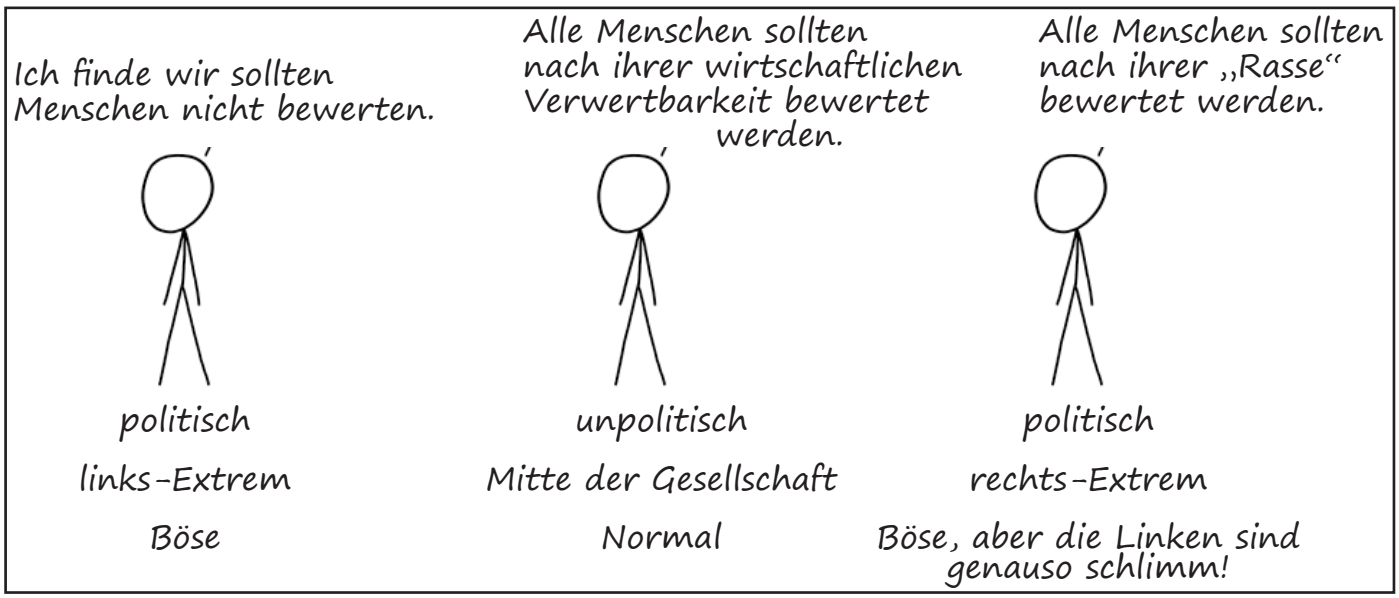
Nun wäre es bei allem scheinbar besorgten Gerede von der politikverdrossenen (heute zuweilen präzisiert zu „Politiker_innenverdrossenen") Jugend naiv anzunehmen, dass solche Entwicklungen unbemerkt oder ungewollt passieren. Tatsächlich dient der Ausschluss eines Großteils der Bevölkerung aus solchen Prozessen und damit auch das zunehmende Aussterben des öffentlichen politischen Diskurses in irgendeiner entscheidungsrelevanten Form jenen Gruppen, die noch an den Entscheidungsprozessen beteiligt sind, zur Stabilisierung ihrer Machtposition. Gleichzeitig lässt sich die Abwendung Vieler von der Politik auch als Reaktion auf solche Ausschlüsse und auf frustrierende Erfahrungen mit verbleibenden Mitbestimmungsmöglichkeiten verstehen.

Dieses Phänomen passt wie ein Puzzlestück in einen Vorgang, bei dem eine Gruppe sich selbst zur gesellschaftlichen „Mitte" erklärt, alles von dieser vermeintlichen Mitte Abweichende als ‚extrem', ‚ideologisch' und ‚politisch' diskreditiert und in der Folge die eigenen Entscheidungen eben als alternativlos darstellt. (Siehe Infobox zur Extremismustheorie S.11) Dabei ist diese Entwicklung nicht nur absolut undemokratisch, sondern tatsächlich natürlich auch absolut politisch, denn nichts an den bestehenden (Macht-)Verhältnissen ändern zu wollen ist natürlich eben so eine politische Entscheidung, wie genau das Gegenteil zu befürworten.

Die Konstruktion des Prädikats ‚unpolitisch' hat aber auch (womöglich) ungewollte Folgen: Durchaus offensichtlich politische Positionen, die eigentlich gesellschaftlich (zumindest rhetorisch) geächtet sind (etwa Rassismus oder Nationalismus), werden durch Berufung auf das eigene Unpolitischsein wieder salonfähig gemacht. Das Prädikat wirkt also rehabilitierend für politisch problematisierte Tendenzen.

Ein Beispiel hierfür ist die Band „Frei.Wild". Die Südtiroler Deutschrockkapelle singt von Heimatliebe, von großdeutschen Phantasien, von der heiligen [sic] Tradition, an der sie keine Kritik dulden, davon, dass die Feinde ihrer Heimat in der Hölle brennen sollen - und auch völlig reuefrei von der gewalttätigen Nazi"vergangenheit" des Frontmannes. Die Band verbreitet völkischen Nationalismus, geriert sich aber gleichzeitig als unpolitisch und verwahrt sich gegen ‚jeglichen Extremismus'. Das Konzept geht augenscheinlich auf: Die Band erntet große Sympathien am rechten Rand, kommt aber durchaus auch in der „unpolitischen" Mitte der Gesellschaft gut an und ist inzwischen schon wieder zum „Echo" nominiert.

Obendrein wird mit dem Aufstieg eines vermeintlich unpolitischen Individualismus jener humanistische Grundkonsens zerstört, den die sogenannte ‚zivilisierte' Welt sich bisher zumindest aus Legitimationsgründen auf die Fahnen geschrieben hat. Tatsächlich und aktionsleitend haben Menschenrechte & Co. natürlich nie die Rolle gespielt, die wir ihnen gerne verliehen haben, wenn es darum ging, unsere kollektive Integrität zu belegen. Nichtsdestotrotz führten sie in der Vergangenheit zu einem Selbstverständnis, zumindest in Teilen der Gesellschaft, das ein zu krasses Abweichen von diesen Werten für die Politik gefährlich machte.



Hand in Hand mit dem Siegeszug des marktradikalen Neoliberalismus, der ökonomischen Erfolg zum einzig relevanten Wert erhebt, führt jedoch das Prinzip ‚unpolitisch' zu einer Ächtung aller anderen ‚Werte'. So schrieb Günther Oettinger in der Zeit und ganz im Zeitgeist: „Heute interessieren sich die Menschen mehr für Gerechtigkeit und Gleichheit. [...] Der Preis dafür ist aber hoch: Wir gefährden damit unseren Vorsprung im internationalen Wettbewerb." [2]

Unpolitisch - wo führt das hin?

Diese Entwicklung führt uns in eine postpolitische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die großenteils die Verantwortung für ihre eigene Entwicklung verloren hat, weil sie auch großenteils die Möglichkeit, auf diese Entwicklung Einfluss zu nehmen, verloren oder zumindest vergessen hat. Eine Gesellschaft, die nicht mehr im eigentlichen Sinne ein Zusammenhang aller ihrer Elemente ist, sondern von zunehmend abgekapselten Individuen nur noch als externe Umgebung wahrgenommen wird. So stellt sie ein postpolitisches Feld dar, auf dem sich dann jede_r für sich und im freien Wettbewerb gegen andere durchsetzen muss.

Gesellschaftspolitische und auch volkswirtschaftliche Veränderung auf demokratischer Grundlage ist kaum noch möglich - das wäre ja politisch, ideologisch und womöglich wirtschaftsschädlich. Durch diese - mithin verbetriebswirtschaftlichte - Verstetigung der existenten Machtverhältnisse kommt es dann durchaus wieder zu Bewegung - allerdings nur zu solcher, die genau jene Verhältnisse stabilisiert. Ein Beispiel ist die fatale Ideologie des grenzenlosen Wachstums.

Als Einzelne_r schlägt mensch sich dann auch durch die Universität, um sich zu qualifizieren, um sich ökonomisch besser verwertbar zu machen und damit den einzigen „Wert" zu erlangen, der noch gilt. Diese Reduktion auf ein einziges (monetäres) Maß ist schließlich das Funktionsprinzip des unbegrenzten Wettbewerbs.

So konsumieren wir Vorlesungen und Seminare, ohne zu hinterfragen, ohne kritisch zu debattieren und über den Tellerrand zu schauen. Ohne gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln oder zu beleuchten, ohne Disparitäten in Macht, Geld und Möglichkeiten zu problematisieren und ohne auch nur in Erwägung zu ziehen, die eigene Verantwortung zur gesellschaftlichen Mitgestaltung wahrzunehmen.

Denn möglich ist das trotz allem durchaus noch. Dann muss mensch sich halt mal als politisch stigmatisieren lassen. Dann muss mensch auch damit rechnen, vielerorts nicht ernst genommen zu werden, von jenen mit Entscheidungsmacht übergangen zu werden und auch immer wieder enttäuscht zu werden. Aber von Zeit zu Zeit ist es eben doch möglich zu recherchieren, zu informieren, einen Diskurs anzustoßen und eine kritische Öffentlichkeit zu stimulieren. Und manchmal, manchmal kann mensch sogar etwas verändern - und auch wenn es auf der globalen Ebene keine radikale Veränderung von heute auf morgen geben mag, so können wir doch zumindest in unseren Subgesellschaften beginnen, Alternativen zu entwickeln, erproben und auszuleben. Das ist sowohl möglich als auch politisch - wir dürfen es nur nicht vergessen.

1 Dürrenmatt: Der Verdacht, 1986, ISBN 3-257-21436-7

2 *http://www.zeit.de/2013/48/eu-kommissar-guenther-oettinger*

EXTREMISMUSTHEORIE

Mit der sog. ‚**Extremismustheorie**' versuchen Politiker_innen seit Jahren vor allem, linke Positionen zu diskreditieren, indem suggeriert wird, sie seien im Prinzip ‚genau wie rechte' - meist ohne dies irgendwie sachlich zu belegen. Die Extremismustheorie beruft sich auf die Totalitarismustheorie und wird vor allem von dem konservativen Politologen Eckhard Jesse entwickelt. Aufgrund seiner Gleichsetzung von rechtem und linken „Extremismus" wird er und seine Theorie von vielen Wissenschaftler_innen abgelehnt.

Der ‚**Extremismus der Mitte'** bezeichnet die latente Verbreitung rechtspopulistischer Ansichten (z.B. Ausländerfeindlichkeit) in weiten Teilen des politischen „Mainstreams". Diese werden oft nicht als solche (an)erkannt, da aus der vermeintlich demokratischen „Mitte" derartiges ja nicht kommen könne.

„Das exzellente Ich“

STUDIEREN IM KONTEXT NEOLIBERALER SELBSTOPTIMIERUNG

Schon mal daran gedacht, zum kosmetischen Chirurgen deiner Wahl zu gehen und dir deine Schamlippen „korrigieren“ zu lassen? Oder deinen Penis zu verlängern? Nein? Gehst du denn wenigstens ins Fitnessstudio, um ready zu werden für Sommer, Sonne, Strand und das Tribunal der flüchtigen Blicke, die skeptisch beäugen, was nicht muskulös, straff und braun gebrannt genug ist?

Wir können alles an uns optimieren. Neben Körper, Kleidung und Stil könnten auch die Noten besser und die Zeiteinteilung effizienter sein, wir könnten uns durch schönere Partner_innen und Affären profilieren (oder überhaupt mal welche haben), könnten auch disziplinierter leben, weniger auf Facebook rumhängen und dafür die Uni-Texte sorgfältiger vorbereiten. Aber auch nicht zu sehr. Disziplin und Lockerheit sollten ja im Einklang stehen, auch etwas, das sich optimieren ließe.

Und so verkehrt muss diese Selbstoptimierung ja auch nicht sein: Anstatt in lethargischer ‚Es-ist-halt-so’-Mentalität den Kopf in den Sand zu stecken oder persönliches Unglück als „gott-gewollte“ Prüfung zu verstehen, wird man eben aktiv und arbeitet an sich selbst. Der Neoliberalismus, der das sich selbst optimierende Individuum propagiert und fordert, kommt entsprechend im Gewand aufklärerischer Ideale: individuelle Autonomie, Freiheit und Eigeninitiative statt staatlicher Bevormundung und Fremdbestimmung.

„Selbst Schuld“ und die Norm der Selbstoptimierung

Doch irgendwo scheinen diese einst so emanzipativ intendierten Ideale sich selbst überschlagen zu haben und so ihre Schattenseiten im omnipräsenten Leistungsdruck hervorzukehren. Der französische Soziologe Alain Ehrenberg bringt das für die heutige Zeit folgendermaßen auf den Punkt: „Welchen Bereich man sich auch ansieht (Unternehmen, Schule, Familie), die Welt hat neue Regeln. Es geht nicht mehr um Gehorsam, Disziplin und Konformität mit der Moral, sondern um Flexibilität, Veränderung, schnelle Reaktion und dergleichen. Selbstbeherrschung, psychische und affektive Flexibilität, Handlungsfähigkeit: Jeder muss sich beständig an eine Welt anpassen, die eben ihre Beständigkeit verliert, an eine instabile, provisorische Welt mit hin und her verlaufenden Strömungen und Bahnen. [...] Die institutionellen Transformationen vermitteln den Eindruck, dass jeder, auch der Einfachste und Zerbrechlichste, die Aufgabe, alles zu wählen und alles zu entscheiden, auf sich nehmen muss.“

Gestützt werden diese an das Individuum gerichteten Erwartungen durch das neoliberale Menschenbild (‚homo oeconomicus’), insbesondere vertreten in der bis heute extrem wirkmächtigen Humankapitaltheorie: der Mensch als Rational-choice-Akteur, als Wesen, das unentwegt damit beschäftigt ist, im Hinblick auf seine individuelle Zukunft und seine persönliche Entwicklung vorteilhafte Entscheidungen zu treffen. Doch glaubt die Humankapitaltheorie, dass sie den Menschen dabei deskriptiv in seinem Verhalten und Denken erfasst. Ganz unabhängig davon, wie es um ihren Wahrheitsgehalt bestellt ist, generiert sie vor allem einen höchst normativen Druck: Denn wenn der Mensch stets in der Lage ist, aus eigener Handlungsinitiative heraus sein Leben zu verbessern, dann sollte er von dieser Fähigkeit gefälligst auch Gebrauch machen: Für unglückliche oder leidende Menschen gilt dann das ‚Selbst-Schuld’-Prinzip, denn sie könnten sich ja mehr anstrengen, ihr Potential besser ausschöpfen und ehrgeiziger an sich arbeiten.

Besser, besser, besser...

Es ist schwer, dem Perfektionsdruck zu entkommen, die Standards und Ideale, an denen wir uns messen sollen, sind omnipräsent: Ob in der Bologna-transformierten Uni, was Noten, Abschlüsse und Regelstu-

dienzeit angeht, in der Liebe, was potentielle Partner_innen betrifft, oder der am Studienhorizont wartende „Arbeitsmarkt", für den die „Perspektiven" geschaffen werden sollen. Der Ort, an dem sich alle diese Optimierungs-Imperative treffen und alle Lebensbereiche optimal gemanagt werden wollen, ist aber letzten Endes unsere Psyche: Burnout gehört mittlerweile zum allseits bekannten Schlagwort, 13-jährige Mädchen werden durch den verstörenden wöchentlichen Heidi-Klum-Konsum und die gephotoshopte Modelästhetik der Werbung magersüchtig, Studies ersetzen Kaffee gegen Ritalin für bessere Konzentration, ebenso wird die nächtliche Feierei statt von Bier von 'ner gelegentlichen Line Speed gepusht. Disziplin und Leistungsbereitschaft, Körper und Aussehen, das eigene Erleben und Empfinden: Alles lässt sich optimieren. Besser geht immer. Denn statt objektiven Maßstäben mit einem zu erreichenden Höchstmaß ergeben sich die Ideale und Standards aus den Beziehungen von Menschen zu einander und sind damit stets relativ. Wir können nicht alle gleich schön, gleich leistungsstark und gleich erfolgreich sein, denn ohne Kontrast ‚nach unten' verlieren diese Attribute ihre Bedeutung.

Der sich selbst optimierende Mensch tut dies nicht aus irgendeinem mysteriös-intrinsischen Drang zur Selbstverwirklichung, sondern vor allem im (Un-)Bewusstsein dessen, seine relative Position gegenüber anderen zu verbessern. Selbstverwirklichung ist so vielmehr selbst ein problematischer Imperativ der post-disziplinären Gesellschaft. Um überhaupt erst wirksam zu werden, müssen die Selbstoptimierungs-Imperative und der sie begleitende Leistungsdruck auf einen „diskursiven Boden" fallen, in dem Gesellschaft primär als Konkurrenzfeld verstanden wird. Dafür sorgt die neoliberale Rhetorik. Nur ein paar Stichwörter: Standortfaktor, Wettbewerbsfähigkeit, Flexibilität, „junge und dynamische" Start-Up-Unternehmen und nicht zuletzt: Exzellenz.

Exzellenz: ein mehr als problematisches Ideal

Besonders die „F"U unter dem Banner der ‚Exzellenz' scheint diesem allgegenwärtigen Optimierungs-Paradigma zumindest in ihrer Selbstpräsentation hoffnungslos verfallen zu sein. Denn wenn Exzellenz nicht präzise kontextualisiert wird und dadurch mehr und mehr zur sinnentleerten Selbstbeweihräucherungs-Vokabel verkommt, repräsentiert sie letztlich nur ein unerreichbares Bildungsideal, das irgendwo in den Wolken schwebt und von dem niemand so recht weiß, was es eigentlich beinhaltet. Der inflationäre Gebrauch dieses Begriffs strahlt dabei nicht nur negativ auf das Bildungsverständnis im Allgemeinen ab. Dient Bildung dazu mündige, reflektierende und politisch denkende Menschen hervorzubringen oder „exzellente Wissenschaftler_Innen", die mit ihrer „exzellenten Expertise" in einer arbeitsteiligen Gesellschaft „exzellente Antworten" auf weniger exzellente Probleme geben?

Das schwammig bleibende Bildungsideal schreibt sich vor allem in den allgegenwärtigen Selbstoptimierungs-Imperativ ein, wodurch Studieren auf das Projekt der Selbstoptimierung reduziert wird (Stichwort Humankapital) und damit der politische Bezug von Uni und Studium erst einmal in die Ferne rückt. Denn studiert wird dann lediglich für die je eigene Zukunft, dafür in seinem Bereich möglichst qualifiziert zu werden, um davon, was Prestige und Geldbeutel betrifft, zu profitieren. Betrachtet man den Begriff einmal genauer, bedeutet ‚exzellent' auch recht wenig, nämlich nur: besser als die anderen (da ist sie wieder, die Konkurrenz). Exzellenz ist - darin analog zum Körper- und Schönheitskult - ein problematisches, da unerreichbares Ideal, das seinerseits für das ständige Sich-selbst-Abgleichen und den omnipräsenten Druck sorgt, dem nicht jede_r und kein Mensch immer gewachsen sein kann, ein Druck, der vor allem eins forciert: das unnötige und ungesunde Gefühl persönlichen Ungenügens.

Wer mehr wissen will:

Zur Reduktion des Studiums auf die Investition ins eigene Humankapital im Kontext neoliberaler Bildungsreform:

Studium als Humankapitalinvestition von Anne Neuendorf und Friederike Boll

https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2006/august/studium-als-humankapitalinvestition

Interview mit Ulrich Bröckling über die Unerreichbarkeit neoliberaler Selbstoptimierung:

http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=sw&dig=2009/12/31/a0129

Neoliberale Subjektivität aus von Michel Foucault inspirierter Perspektive:

Soziale Subjektivität - Die neue Regierung der Gesellschaft von Stephan Lessenich

http://www.his-online.de/fileadmin/verlag/leseproben/9783936096095.pdf

Das obige Zitat stammt aus Das erschöpfte Selbst - Depression und Gesellschaft in der Gegenwart von Alain Ehrenberg (dort auf S. 222). Er untersucht die Kehrseite eigenverantwortlicher Selbstverwirklichung:

http://www.suhrkamp.de/buecher/das_erschoepfte_selbst-alain_ehrenberg_29475.html

Anzeige/Hinweis

Ein Berliner Unikat – der Personalrat der studentischen Beschäftigten

Im Gegensatz zu studentischen Hilfskräften in anderen Bundesländern haben studentische Beschäftigte an der FU und an anderen Hochschulen Berlins eine institutionalisierte Vertretung: den Personalrat der studentischen Beschäftigten. Der dreizehnköpfige Personalrat achtet darauf, dass der Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (ein weiteres Berliner Unikat) und andere arbeitsrechtliche Bestimmungen eingehalten werden und ist an Ausschreibungen und Einstellungen beteiligt. Außerdem berät der Personalrat studentische Hilfskräfte in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen.

Der Personalrat wird jedes Jahr neu gewählt, dieses Jahr Mitte Mai und lebt von kritischen Mitstreiter*innen.

Falls ihr euch für Personalratsarbeit interessiert oder als studentische Hilfskraft Beratung sucht, wendet euch an *prstudb@fu-berlin*.de, kommt zur Personalversammlung am 16.04. um 16 Uhr im Raum L 113 oder besucht *www.fu-berlin.de/prstudb.*

Elitär und exzellent: unpolitische Eigenschaften?

Ist es nicht toll, an einer Eliteuniversität zu studieren? Da können wir uns doch wirklich ‘mal auf die Schulter klopfen. Hier überhaupt aufgenommen worden zu sein... Kommt auf jeden Fall nicht nur im elterlichen Freundeskreis gut an, den Ort seines Studiums als einen solchen gesellschaftlich-limitierten Zirkel vorzustellen, in dessen Dunstkreis sich die derzeitige und zukünftige Brillanz die Klinke in die Hand drückt.

Und wo ist überhaupt das Problem? Elite, das meint vollkommen nüchtern und sachgerecht bewertete Qualität und Leistung. Vom Tellerwäscher zum Millionär bzw. vom Sendung-mit-der-Maus-Gucker zum exzellenten Elite-Wissenschaftler, von dessen Expertise gar die Gesellschaft als ganze profitieren kann.

Elite als politische Grenzziehung statt sachlicher Beschreibungskategorie

Nur: Ganz so deskriptiv ist der Begriff nicht. Wer von Eliten spricht, zieht durch und durch politisch eine Grenzlinie durch die Gesellschaft: die kundigen, begabten, verantwortungsvollen, zukunftsweisenden Führungseliten auf der einen Seite und auf der anderen die Nicht-Eliten, der gesellschaftliche Rest, der das Deck schrubbt, also die notwendige Arbeit verrichtet, die in einer Gesellschaft für ihr Fortbestehen nun einmal getan werden muss. Der Elitebegriff ist zwangsläufig hierarchisierend, indem er das Nicht-Elitäre abqualifiziert, und darin transportiert er ein genuin politisches Weltbild: Der steinig-steile, elitäre Weg zum Olymp der Exzellenz ist eben nicht jedem beschieden.

Dabei verschleiert der Begriff, dass Eliten sich nicht naturwüchsig aus ihren eigenen Ressourcen heraus (etwa durch Begabung, Leistung und Ehrgeiz) entwickeln, sondern innerhalb historischer (und kontingenter) Machtkonstellationen entstehen: In diesen stellen sie keine sachliche Beschreibungskategorie dar, sondern dienen als politische Selbstzuschreibung zur Legitimation des eigenen gesellschaftlich-privilegierten Status. Der Begriff der Elite spült dabei ganz nebenbei Wasser auf die mythischen Mühlen des amerikanischen Traums, revitalisiert jedoch vor allem die alte Mär einer natürlichen Ordnung der Welt, in der jede_r seinen oder ihren Platz besitzt: Anstatt dass dieser wie etwa im mittelalterlichen Weltbild von göttlicher Seite her prädeterminiert wurde, ist er im neoliberalen und konservativ-bürgerlichen Weltbild, bei deren Vertreter_innen der Elitebegriff ja sehr beliebt ist, Resultat der Leistungsbereitschaft, Cleverness und Handlungsinitiative des einzelnen Individuums, wodurch der Elitestatus als legitim erscheint. Damit werden jedoch die privilegierenden Faktoren (soz. Herkunft, Aussehen, Geschlecht, Hautfarbe ...) ausgeblendet, die als prä-individuelle Weichenstellungen den eigenen Aufstieg wenigstens begünstigt haben, wenn nicht absolut notwendig für diesen gewesen sind.

Raus aus der politischen Verantwortung, rein in die Elite

Zunächst: Was ist Uni? Ein Ort gesellschaftlicher Integration, ein Fundament demokratischer Gesellschaft oder in erster Linie – und das legt das Elitekonzept nahe – ein funktionalistisch reduzierter Ort der Wissens- (und Titel-)produktion? Ein Ort, von dem dann nicht zuletzt zunehmend Unternehmen mit ihrem hehren Motiv der Gewinnmaximierung profitieren können. Gerade die „F“U brüstet sich ja mit ihrer Drittmittelfinanzierung: „Die Forschungsleistung spiegelt sich in der seit Jahren steigenden Drittmitteleinwerbung“, ist auf ihrer Webseite zu lesen[1]. Ob die Abhängigkeit von der Logik ökonomisch-verwertbaren Wissens evtl. problematisch ist, wird dabei nicht erwähnt: Die Frage, für was überhaupt geforscht und welche Schwerpunkte gelegt werden sollen, wird durch Drittmittelfinanzierung ja zwangsläufig ökonomischen Kalkülen unterworfen.

Doch alles bestens, so lange die Ergebnisse ‚exzellent’ sind. ‚Exzellente’ Militärforschung bspw. hat aber möglicherweise zur Folge, dass in weiter Ferne lebenden Menschen computerspiel-artig Kugeln ins Gehirn gejagt werden. (Es gibt keine Zivil-Klausel an der „F“U - siehe Unitopia #2.) Aber das liegt ja dann nicht mehr in uni-

versitärer Verantwortung. Die Eliteuniversität ist ja in erster Linie gesellschaftlich-neutraler Ort der Forschung und Lehre. Was mit dem Wissen letztendlich geschieht, dafür wäre dann wohl die ‚richtige Politik' zuständig. Sich als wissenschaftliche Elite auszugeben, ist sehr hilfreich dafür, sich der gesellschaftlich-politischen Verantwortung zu entziehen: Indem man sich in eine sachkundige, vermeintlich-neutrale Ecke stellt.

Politische vs. elitäre Uni

Doch damit ist die Problematik dieses Begriffs längst nicht vom Tisch. Wird eine Universität so ausgerichtet, dass möglichst exzellente Ergebnisse und Studierende hervorgebracht werden – und darauf zielt die Elite-Ausrichtung der „F"U ja ab –, etabliert das (gewollt oder ungewollt) eine Atmosphäre, in der unliebsames politisches Engagement als unrechtmäßig, ja geradezu fehl am Platz erscheint. Damit trägt die elitäre Ausrichtung wesentlich zum Verlust der Uni als politischen Ort bei. Statt gemeinsam diskursiv und politisch für etwas zu streiten, fokussiert das Elitekonzept den Vollzug des individuellen Ausbildungswegs, die „humankapitale Eigeninvestition", im neoliberalen Jargon.

Seien wir doch ehrlich: Dieses ganze Elite-Getue dient vor allem dem sozialen Prestige der Uni-Mitglieder und dem (Corporate) Image der „F"U, um im Exzellenzwettbewerb die finanziellen Mittel einzustreichen. Als wissenschaftliche oder sozialer Gerechtigkeit dienende Kategorie ist der Begriff absolut überflüssig, um nicht zu sagen gefährlich. Die „F"U sollte ihren elitären Kurs einmal auf ihre ersten beiden Leitsätze hin befragen: Veritas und Iustitia. Das Streben nach Wahrheit braucht keinen elitären Anstrich, und Gerechtigkeit wird mit Sicherheit nicht durch Hierarchisierung, Abqualifizierung und Verantwortungsentzug hergestellt.

Wer mehr wissen will:

Zur gefährlichen Ideologie des Elitebegriffs, außerdem zu oftmals implizierten naturalistischen Pädagogikkonzepten (‚Begabung'), siehe den Artikel Von „Leuchttürmen", „Hochbegabten" – und der „Masse" von Prof. Dr. Morus Markard:

http://www.studis-online.de/HoPo/Bildungsstreik/elite.php?seite=2

Hier findet sich auch eine kommentierte und vielfältige Literatursammlung zum Thema Elite, bspw. Exzellenzinitiative, Eliteförderung per Stipendium und Zusammensetzung bundesdeutscher Eliten:

http://www.studis-online.de/HoPo/Bildungsstreik/elite.php?seite=3

1 *http://www.fu-berlin.de/universitaet/profil/forschung_interdisz/index.html*

Anzeige

Siehe Gastbeitrag Seite 25

6LP Lehrveranstaltung zu studentischem Engagement

ab SoSe 2014 - TeilnehmerInnen (aller Unis) & TutorInnen gesucht!

- Wie könnte man fast alle Studierenden motivieren sich u.a. mit sozialen und ökologischen Fragestellungen zu beschäftigen und entsprechende Lösungsansätze zu entwickeln und in die Tat umzusetzen?!
- **Ganz einfach**: indem man entsprechende Veranstaltungen, die mit Leistungspunkten und Note anrechenbar sind, im Studienfach bzw. an der Hochschule für alle Studierenden anbietet.
- An mehreren Unis in Berlin & Brandenburg gibt es solche Lehrveranstaltungen, von Studis für Studis, bereits schon seit vielen Jahren: Projektwerkstätten & tu projects an der TU Berlin, Q- & Projekttutorien an der HU Berlin und Projektwerkstätten an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (ab dem WiSe 2014/15)!

Wir bringen zum SoSe 2014 eine TU-Projektwerkstatt (kurz: „PW") an den Start, die u.a. dazu beitragen soll selbstorganisierte Studierenden-Veranstaltungen bekannter zu machen und auf ein neues Level zu hieven:

„PW^2 - Zukunft & Geschichte von Projektwerkstätten & studentischem Engagement für sozial & ökologisch nützliches Denken & Handeln"

Die TU Projektwerkstätten wurden 1985 auf studentische Initiative, aus einem Studierendenstreik heraus ins Leben gerufen. Zum einen aus Unzufriedenheit mit den Studienbedingungen, den Lehrinhalten & -methoden, zum anderen wegen fehlendem Praxisbezug & zu geringer Interaktion zwischen Hochschule & Gesellschaft in dringenden sozialen und ökologischen Fragestellungen.

„Den Projektwerkstätten geht es um ein doppeltes pädagogisch-didaktisches Ziel: dem Erwerb der Fähigkeit zu praktischem innovativen Arbeiten und dem Erwerb einer Arbeitshaltung, die durch Eigen-, anstelle von Fremdmotivation bestimmt ist.

Dieser Zielsetzungen entsprechend sollten die Tutorien
- *der Form nach: In Zielsetzung und Arbeitsweise durch die TeilnehmerInnen, die Studierenden, selbst bestimmt sein – Stichwort : "selbstbestimmtes Lernen" und*
- *dem Inhalt nach: ein selbst gewähltes Projekt (ein praktisches oder theoretisches Produkt) nach eigenen Vorstellungen entwerfen, planen & ausführen Stichwort: "learning by doing".*

Darüber hinaus sollte das gewählte Projekt [...] sich in der Zielsetzung am Leitbild einer sozial wie ökologisch nützlichen Technik und Wissenschaft orientieren."

Quelle: Erste PW-Broschüre 1985-88

Mehr Infos & Mitmachen

eMail: PWhoch2 {at} Studi-Engagement.de
Mobil: 0179-2408041 {Thomas}

14.11.2012: Diskussion geht nur anstelle von AS-Sitzungen...

„Sachzwänge“ vs. „Ideologie“

DAS HOCHSCHULPOLITISCHE DISKUSSIONSKLIMA AN DER „F“U

Es ist ein bekanntes Schema an der „F“U: Entstehen an der Basis – abseits der Gremienwelt – studentische Proteste, die sich Gehör verschaffen wollen, heißt es: Seid vernünftig, geht in die Gremien, dazu sind sie doch da! – Einmal dort angekommen, bekommen die Studierenden nur zu hören: Seien Sie doch vernünftig, politisieren Sie das nicht so, wir brauchen konstruktive Lösungen! „Konstruktives“ Verhalten bedeutet dann meistens, vermeintliche „Sachzwänge“ anzuerkennen und in vorauseilendem Gehorsam das Elend zu verwalten.

Nicht nur im allgemeinen Unialltag macht sich „Politikverdrossenheit“ breit. Die „Freie“ Universität ist auch und gerade auf Ebene der politischen – Verzeihung: Selbstverwaltungs- – Gremien längst eine postpolitische Uni geworden. Das heißt nicht, dass hier keine Politik mehr gemacht würde: Sie wird nur nicht mehr so genannt. Wer politische Fragen auch politisch zu diskutieren versucht, wird schnell mit einem vermeintlichen Totschlagargument konfrontiert: Das ist ideologisch! „Ideologisch“ wird dabei zum Sammelbegriff für alles, was von der dominanten Ideologie abzuweichen wagt, die natürlich keine zu sein behauptet. Die „unternehmerische Universität“ unserer Tage verwaltet schließlich nur „Sachzwänge“: Im zwischen- und inneruniversitären Wettbewerb bestehen, das ist „alternativlos“, ein Ziel, dem alles andere unterzuordnen ist. Kürzungen klaglos hinnehmen und verteilen, das ist „alternativlos“: „Berlin hat doch kein Geld.“ Jedenfalls nicht für Bildung, mag sich die geneigte Leserin angesichts zahlreicher derzeit landesfinanzierter Großprojekte und Finanzskandale denken. Der prompte Einwand an der „F“U könnte lauten: „Das ist doch polemisch – wenn nicht gar ideologisch!“ Denn die gleiche Logik greift auch eine Ebene höher: Solche Prestigeprojekte sind im urbanen Wettbewerb, ihr ahnt es, „alternativlos“.

Gleichzeitig wird auch rhetorisch eine kategorische Abgrenzung des akademischen Bereichs vom politischen betrieben. Ersterem, fach- und sachbezogen, wird hierbei eine un- oder vorpolitische Position zugeschrieben: die vermeintlich neutrale Wissenschaft, stets auf der Suche nach der objektiven „Wahrheit“, über jeglichen gesellschaftlichen Konflikten stehend. Verbunden ist dies mit der durch die gleichen Akteur_innen beförderten zunehmenden Dominanz entsprechend positivistischer Forschungsmethoden, wie etwa in den Sozialwissenschaften an der „F“U. Kontrastiert wird sie mit einem negativen Politikbegriff: Politik ist dann alles, was von dieser moralisch unbefleckten Wissenschaft abweicht und -lenkt und insofern „negativ“.

Politik nur noch als Schlammschlacht

Politische Kritik an hochschulpolitischen Akteur_innen, ihren Handlungen und Positionen, sei es in Veröffentlichungen wie dieser, auf Blogs oder direkt in den Gremiendebatten, wird mittlerweile regelmäßig zu „persönlichen Diffamierungen“ umdefiniert und damit für im Stil unangemessen erklärt. Eine bequeme Methode, sich jeglicher inhaltlicher Diskussion zu entziehen. Im letzten Semester ist dies mehrfach von Gewerkschaftsvertreter_innen wie auch von der Präsidiumsfraktion im Akademischen Senat genutzt worden, um sich studentischer Kritik – die sich an sachlichen Punkten wie *„Die Vertreter_innen weichen hier stark von den Positionen ihrer Gewerkschaften ab*“ oder *„Das Präsidium schließt die gewählten Gremien von wichtigen Verhandlungsprozessen aus“* orientierte – zu entziehen. Paradoxerweise sind es dann die Studierenden, die tatsächlich persönlich angegriffen werden, weil sie die postpolitische Gemütlichkeit aufzubrechen versuchen. Auch mit unbequemen Professor_innen wird so umgegangen.

Gestritten werden darf eigentlich nur noch, wenn es um Personalien, also um ganz persönliche Pfründe geht. Das Problem hierbei: Diese werden prinzipiell in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt. In den vergangenen Monaten waren sich anlässlich solcher

Personalentscheidungen verschiedene Mitglieder der „Vereinten Mitte“, der konservativen Professor_innenliste, die auch den Präsidenten stellt, nicht einmal zu schade, fleißig aus dem Nähkästchen zu plaudern und in aller Öffentlichkeit über vermeintliche Äußerungen sowie das Abstimmverhalten bestimmter Gremienmitglieder aus nichtöffentlichen (!) Sitzungsteilen zu referieren, um diese unter Druck zu setzen. Andreas Löffler (Vereinte Mitte) karikierte dabei sogar die langjährigen inhaltlichen Positionen seiner Fraktion (Wettbewerb! Leistung quantitativ messen!), indem er plötzlich politischen Gegner_innen vorwarf, genau diese Positionen zu vertreten. Doris Kolesch (Vereinte Mitte) versuchte mehrfach gezielt Studierende zu diskreditieren, die angeblich gegen eine Honorarprofessur-Berufung gestimmt hätten (ungeachtet der Tatsache, dass die dafür nötige Mehrheit rein rechnerisch nur zu einem kleinen Teil aus Studierenden bestanden haben kann). Die so Angegriffenen können sich nicht einmal vernünftig wehren, da sie sich mit entsprechenden Antworten in der Öffentlichkeit selbst strafbar machen könnten. Gleichzeitig werden den studentischen Gremienmitgliedern mit postalisch zugesendeten Unterlagen mittlerweile gerne direkt Auszüge aus Gesetzestexten mitgeschickt, die sie über die möglichen drastischen Konsequenzen etwaiger Geheimnisweitergabe informieren.

In diesem Sinne ist die Uni noch nicht postpolitisch: Politik als dreckiges Spiel darf weiter betrieben werden, nur: dies auch so zu nennen oder gar durch Inhalte zu ergänzen ist ungern gesehen. So lässt sich feststellen, dass das oben beschriebene negative Politikverständnis empirisch durchaus Bestätigung findet und zugleich eine spezifische Verschleierungsstrategie darstellt. Bloß ist dies angesichts des kräftigen Mitwirkens derjenigen, die dieses Verständnis vertreten, kein Naturzustand, sondern eine klassische selbsterfüllende Prophezeiung.

Transparenz wäre lästig

Ganz um die inhaltliche Arbeit besorgt geben sich etwa die Mitglieder des Akademischen Senats erst, wenn Studierende eine vernünftige Dokumentation der Sitzungen einfordern. Die offiziellen Protokolle stellen die Mitteilungen des Präsidenten zu Beginn jeder Sitzung zwar in aller Ausführlichkeit dar, Anfragen an das Präsidium dann aber nur noch zensiert („Mitglied X stellt Frage Y. Der Vorsitzende führt hierzu aus.“ Was dieser ausgeführt hat, wird jedoch nicht genannt) – und für den Rest der Sitzung werden nur noch Beschlüsse notiert. Eine Reihe studentischer Anträge im vergangenen Semester versuchte nun, wahlweise Live-Streams, Video- und Tonaufzeichnungen oder wenigstens die AS-interne „Veröffentlichung“ der von der Geschäftsführung ohnehin zu Protokollzwecken angefertigten Tonmitschnitte der – öffentlichen! – Sitzungen zu erwirken, um auch über die häufigen Generationenwechsel im Gremium hinaus Transparenz zu schaffen. Keine Chance. Alle waren besorgt, dass mit so viel Transparenz keine vernünftige Arbeit mehr möglich sei. (Böse Zungen behaupten, sie wollten bloß nachvollziehbare Beweise für den Unfug, den sie reden, vermeiden.) Eine Gewerkschaftsvertreterin verglich den AS gar mit einer informellen Arbeitsgruppe – einer lockeren Kaffeerunde zur pragmatischen Problemlösung, völlig unpolitisch natürlich. Besser wäre dann wohl, sich nicht dabei beobachten zu lassen, falls aus Versehen doch einmal etwas politisch Relevantes passiert? Und obwohl auch die letztere, in öffentlicher Sitzung gefallene Äußerung besagter Gewerkschaftsvertreterin unabhängig von verschiedenen Anwesenden gehört und bezeugt worden war, wurde selbst diese im Nachhinein bestritten.

Tatsächlich locker geht es in manchen dezentralen Gremien, insbesondere den Fachbereichsräten, zu, die bisweilen tatsächlich eher an Kaffeerunden erinnern. Dies ist aus Studierendensicht ein zweischneidiges Schwert: Einerseits lassen sich manche studentische Anliegen in der scheinbar noch unpolitische(re)n, weniger „polarisierten“ Fachbereichs-Atmosphäre gelegentlich leichter durchsetzen - auch, weil in den Fachbereichen weit weniger Öffentlichkeit und damit „Verantwortbarkeit“ der jeweiligen Interessen-Vertretungen und Entscheidungen in den Gremien besteht. Andererseits besteht die Gefahr, in Hinblick auf tatsächlich bestehende Interessensgegensätze zwischen den Statusgruppen eingelullt und kooptiert zu werden („Wir sind doch alle Freunde hier...“). Unmut macht sich jedoch schnell breit, wenn doch einmal formale Rechte eingefordert werden, die der Gemütlichkeit abträglich sind, oder Studierende sich nicht darauf beschränken, studentische Bedürfnisse und Interessen nur im abgesteckten Rahmen des von der professoralen Gremien-Mehrheit Zugestandenen geltend zu machen. Diskussionen z.B. um die Kandidierenden für Dekanatswahlen liegen normalerweise außerhalb dieses Rahmens.

Abgesehen von Detailregelungen, insbesondere auf Fachbereichs-Ebene, existiert eine diskursive Ebene in der „F“U-Politik zudem praktisch nicht mehr. Denn wirklich diskutiert wird auf keiner der genannten Ebenen. Dies ist an der „unternehmerischen Hochschule“ auch nicht mehr vorgesehen und müsste erst wieder geschaffen, also erkämpft werden. Dazu müsste mehr „polarisiert“ werden: Erst dadurch, dass bestimmte Interessen auf allen Seiten klar benannt werden und bestimmte Entscheidungs-Grundlagen nicht als „unhinterfragbar“ hingestellt werden können, werden die unterschiedlichen Interessen und deren Gegensätze sichtbar.

Auch professorale Kritik: „In der Wiege erwürgt“

Doch derzeit geschieht dies nicht einmal mehr bei Präsidiumswahlen. Studierende sind hierbei nicht die einzigen an der „F“U, die die Postpolitik-Diagnose präsentieren. Kürzlich meldete sich Prof. Rojas, AS-Mitglied, von einer Forschungsreise in Mexiko zu Wort. Wie schon bei der letzten Präsidiumswahl 2010, als er zunächst als Präsidentschaftskandidat antrat, ist auch bei den im Sommersemester anstehenden Wahlen längst im Vorfeld geklärt, wer die Präsidiumsämter besetzen darf. Für Präsident und Vizepräsidentin 1 ist schon bekannt, dass nur jeweils der/die Amtsinhaber_in kandidiert. Rojas lehnte darum eine ihm angetragene Kandidatur als VP1 dankend ab: „Bei einer Kandidatur hätte ich nur persönliche Angriffe zu erwarten.“[1] Sein Urteil zur „F“U-Hochschulpolitik: „Eine demokratische Diskussionskultur wird in der Wiege erwürgt.“[2]

1 Rojas‘ komplettes Statement ist unter *http://fuwatch.de/?p=4809* dokumentiert; Auszüge zitiert auch der „Tagesspiegel“ vom 13.02.: *http://www.tagesspiegel.de/wissen/im-wahlkampf-die-freie-universitaet-und-ihr-praesident/9478904.html*

2 siehe [1]

Zensur

IM LETZTEN JAHR WURDEN IMMER WIEDER VORWÜRFE DER POLITISCHEN ZENSUR AN DEN BERLINER UNIVERSITÄTEN LAUT.

Ein vertrautes Bild: Studierende, die vor der Mensa in der Silberlaube der „F“U Flyer für hochschulpolitische wie allgemeinpolitische Veranstaltungen und Inhalte verteilen - wie Studierende dies gerade an der „F“U seit Generationen getan haben. Neu hingegen ist, dass diese Studierenden im vergangenen Jahr wiederholt von Wachschutz und Hausmeistern drangsaliert und zum Teil unter Androhung von Hausverbot und Polizei aus ihrer eigenen Uni komplimentiert wurden. Mehrfach beriefen sich die Mitarbeiter_innen hierbei auf eine Dienstanweisung des Präsidiums, die politisches Flyern untersage.

Scheinargumente: Extremismus-Theorie und NPD

Darauf angesprochen, leugnet das Präsidium die Existenz einer solchen Anweisung konsequent, vertritt gleichzeitig jedoch die Auffassung, dass „Veranstaltungen“ wie etwa das Verteilen von Flugblättern oder Zeitschriften angemeldet und genehmigt werden müssten.[1]

Geradezu zynisch wirkt ihre Begründung, das sei notwendig, es würde ja keine_r wollen, dass am Ende die NPD dort flyert. Nicht nur ist dieser Vergleich von Studierenden mit Neonazis absolut infam, auch hatte die Uni erst im Winter 2012 prestigeträchtige Räume ausgerechnet im Henry-Ford-Bau (das Präsidium bestreitet, dass dieser nach dem bekennenden Antisemiten und Gründer der den Bau subventionierenden Henry-Ford-Foundation benannt ist) an eine Konferenz des rechten Verschwörungstheoretiker_innen- und Querfront-Magazins Compact vermietet.[2]

Emanzipatorische Politik und Wissenschaft unerwünscht

Im nächsten Schritt folgte dann eine starke Zensur der Veranstaltungen, die in den Räumlichkeiten der Universität stattfinden dürfen. Nachdem wenige Monate zuvor - noch während des Bundestagswahlkampfs - sowohl Wolfgang Schäuble (CDU) als auch Peer Steinbrück (SPD) zur Eurokrise referieren durften und dabei sogar eine persönliche Willkommensrede des Präsidenten Alt bekamen, wurde eine von Studierenden organisierte Veranstaltung mit Gregor Gysi (Die Linke) zum gleichen Thema mit der Begründung nicht genehmigt, dass es sich hierbei um eine (partei-)politische Veranstaltung handele. Die Veranstaltung fand dann als ungenehmigtes Teach-In im Mensafoyer dennoch statt.

Protest gegen die Zensur an der „F“U

Kurz darauf und nur Tage nach dem hunderte Geflüchteter vor Lampedusa verunglückten, wurden dem Sozialreferat des AStA „F“U durch die Universitätsleitung Räumlichkeiten für eine Veranstaltung zum Thema Menschenrechte verweigert, obwohl derartiges sogar im gesetzlichen Auftrag des AStA liegt.[3] Begründet wurde dies damit, dass die Wissenschaftlichkeit einer solchen Veranstaltung nicht gewährleistet sei, wenn nicht eine Lehrkraft die Schirmherrschaft über eine solche Veranstaltung inne hätte. Selbstständige studentische Organisation von Wissensaustausch, Diskurs und Weiterbildung ist offensichtlich unerwünscht.

Dass Plakate für studentische Vollversammlungen - letztere bilden ein offizielles Organ der Studierendenschaft nach Hochschulgesetz - flächendeckend und offenbar systematisch abgerissen werden, passt ins Bild. Wer hierfür verantwortlich ist, lässt sich naturgemäß schwierig feststellen. Anders bei den studentischen Gremienanträgen im Akademischen Senat der „F“U, deren Aufnahme auf die Tagesordnung mittlerweile in einer Regelmäßigkeit - unter ständig wechselnden Begründungen - verweigert wird, dass die dem Präsidium unterstellte Geschäftsleitung hier faktisch als Zensorin agiert.

Als Nächstes legte dann die HU nach, indem die Verwaltung zunächst dem Queer-Referat des Referent_innen-Rats (das dortige Pendant zum AStA) zunächst eine Reihe von Veranstaltungen untersagte[4] - die Themen ‚Bondage' und ‚Drag' passten wohl nicht ins gutbürgerliche Weltbild der Universitätsleitung - und dann in der Folge gleich erklärte, das gesamte Referat würde von ihr nicht anerkannt. Besonders pikant ist hierbei die Begründung: Während an der HU, wie an allen Berliner Universitäten, ein weißer, heterosexueller Professor das Präsidentschaftsamt inne hat, erklärt dieser, das Queer-Referat würde die betreffenden Studierenden nicht vertreten.

An der „F"U planen Studierende des Fachbereichs Psychologie für den Sommer 2014 eine sogenannte ‚Ferienuniversität - Kritische Psychologie' mit Unterstützung der Fachschaftsinitiative, des AStA und sogar (!) eines Profs. Eine derartige Veranstaltung hat in der jüngeren Vergangenheit bereits zweimal stattgefunden und Interessierte aus dem gesamten Bundesgebiet angezogen. Auf die Raumanfrage folgte dieses Mal jedoch zunächst ein zweimonatiges Schweigen und dann eine Absage. Warum es diesmal eine Absage gab, konnte der zuständige Kanzler Peter Lange nicht erklären. Nachdem der gesamte Fachbereich sich diesbezüglich nochmal ans Präsidium und die Verwaltung wandte, gab es dann übrigens doch noch eine Zusage: Allerdings sollen die Räume nur gegen eine Geldzahlung in noch unbekannter Höhe zur Verfügung gestellt werden. So sieht freie Bildung an der freien Universität aus!

Unternehmens-Uni statt Kritische Uni

Aber vermutlich sind es die Verantwortlichen einfach nicht mehr anders gewohnt. Während Studierende mit womöglich politischen Inhalten ein Makel im Antlitz der Universität darstellen, ist bezahlte Werbung überall zum prägenden Designelement auf dem Campus geworden: von Zeitungsabonnementseinwerbungen über bezahlpflichtige Info- & Flyerwände, Plakatständer, Magazinspender, Zigaretten verschenkende Litfasssäulen und Microsofts eigene „Nerdbox" im Foyer bis hin zu nervtötenden Handyvertragsverkäufer_innen oder halben Fitnessstudios vor der Mensa samt Standfahrrad, Laufband und Animateuren, die für den Unisport werben. Letzteres stand dort für gut eine Woche.

Als am Tag darauf Bildungsprotestaktivist_innen an der gleichen Stelle einen Infotisch machten, um auf eine ordnungsgemäß einberufene Vollversammlung aufmerksam zu machen, schlug jedoch der Gebäudeschutz auf und erklärte, es handele sich um eine Fluchtroute, die sofort geräumt werden müsse. Die Polizei war bereits halb gerufen, als auf studentisches Bestehen hin ein Vorgesetzter der Mitarbeiter_innen auftauchte und irritiert klarstellen musste, dass es sich tatsächlich NICHT um eine Fluchtroute handele - allerdings nicht ohne vorher noch einmal zu kontrollieren, ob es sich auch ja nicht um allgemeinpolitische Informationen handele, die dort verteilt wurden.

Ob es hierfür neuerdings Weiterbildungen auf wissenschaftlichem Niveau gibt, die das Auge des geneigten Wachschützers im Erkennen des Unterschieds zwischen wissenschaftlich (erwünscht) und wissenschaftlich (unerwünscht) bzw. eben so politisch und „un"politisch schulen, konnte bisher nicht in Erfahrung gebracht werden.

Immerhin, könnte mensch denken, von der Uni geworfen wurde unseres Wissens noch niemensch, fürs Flyern, Organisieren von Workshops oder Äußern einer - ohje - politischen Meinung. Doch selbst hier gibt es inzwischen Vorstöße! So schlug der Hamburger CDU-Politiker Karl-Heinz Warnholz zur Jahreswende vor, militanten Demonstrant_innen den Zugang zu Abitur oder Hochschulabschluss zu erschweren. Nicht dass er die Universitätsleitungen da auf Ideen gebracht hat.

Wer mehr wissen will

1 Alles:
http://www.astafu.de/content/zensur-der-fu-pr%C3%A4sidium-und-sicherheitsdienst-gehen-gegen-das-verteilen-unerw%C3%BCnschter-flugbl

http://www.astafu.de/content/politische-zensur-der-fu-berlin-unileitung-%C3%BCbt-sich-willk%C3%BCr-bei-der-genehmigung-von-veransta

http://www.astafu.de/content/fu-studierendenparlament-stellt-sich-geschlossen-gegen-politische-zensur-der-unileitung

http://fuwatch.de/?p=2601

http://fuwatch.de/?p=3976

2 *http://www.astafu.de/content/erneuter-skandal-der-fu-nationalistische-konferenz-im-henry-ford-bau*

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2012/11/23/weltpremiere-oder-weltverschworung-die-compact-konferenz-in-berlin_10627

3 § 18 (2) Berliner Hochschulgesetz: *http://gesetze.berlin.de/default.aspx?vpath=bibdata%2Fges%2FBlnHG%2Fcont%2FBlnHG.P18.htm*

4 *http://www.refrat.de/article/news.offenerbrief.html?1391597917*

Auslandskorrespondenz: Paris

POLITISCHE KULTUR & PROTEST AN DER PARIS VIII

„L'université sans classe", „Université gratuite, ouverte et emancipatrice" oder die französische Version von „Unser Kampf kennt keine Grenzen" ist an Wände, Bänke oder Türen der Gebäude der Universität „Paris VIII" gesprüht. Wer über das Gelände der Uni geht, die einst im Zuge der Student_innenbewegung gegründet wurde, kann den damaligen Zeitgeist noch erahnen/spüren.

Als Erasmusstudentin in Theater- und Politikwissenschaft an der Uni erfuhr ich in einem zweiwöchigen, vorbereitenden Sprachkurs, der vor allem auch allgemeine und kulturelle Infos zum Leben in Frankreich und in Paris gab, auch etwas über die Geschichte der „Paris VIII". In Folge der Rebellionen der 60er Jahre wurde die Universität 1969 gegründet. Mit dem Grundgedanken einer kosmopolitischen, rebellischen Prägung lag der Universität vor allem ein neues Konzept von Lehren und Lernen zu Grunde. Gemeinsam sollte sich Wissen bilden, Studierende und Professor_innen sich auf einer Ebene treffen, um gemeinsam zu arbeiten. Michel Foucault, Jacques Derrida, Hélene Cixous und Gilles Deleuze sind bekannte Namen, die an der Uni lehrten oder diese mitbegründeten. Relativ neue Wissenschaften wie „etudes du genre", „arts platique" oder „psychanalyse" entstehen und sollen bewusst interdisziplinär und experimentell, mit praktischem Ansatz gelehrt und gelernt werden.

Doch wie viel ist noch übrig von diesem „esprit d'ouverture" und der „liberté d'expression"?

Nicht nur an Graffitis und Transparenten, auch an der Präsenz verschiedener „associations", also studentischer Gruppen, die eigene Büros in der Uni haben, merkt man, dass Uni mehr ist als reiner (Aus-)Bildungsort. Es finden politische Veranstaltungen wie Filmabende oder Diskussionen statt, im Dezember wurde von Studierenden eine große Demonstation durch das Viertel, in dem die Uni liegt, organisiert, Infotische und Menschen, die Flyer verteilen, um auf kulturelle oder politische Veranstaltungen zu werben, sind ein gewohnter Anblick. Doch wie so oft – ob nun an Schulen oder Universitäten, in Frankreich, Deutschland oder anderswo ist ein freies und selbstbestimmtes Lernen und Lehren kaum möglich. Auch die Strukturen innerhalb der Gremien der Universität gleichen denen in Deutschland. So sind wie an den Berliner Unis auch in den Entscheidungen treffenden Gremien der Paris VIII Studierende unterrepräsentiert und finden sich einer professoralen Mehrheit gegenüber. So kommt es, dass die Flyer und Plakate, die mich im September, als mein Erasmusjahr begann, begrüßten, vor allem von einem handelten: Dem neuen „reglement interieur".

Das neue „reglement interieur" sieht Verschiedenes vor. Die wichtigsten und kritischsten Punkte sind Zensur, Pläne zur besseren „Sicherheit" der Universität und die Abriegelung derselben. Laut der neuen Regelung kann jede_r bei Betreten der Universität kontrolliert werden und muss einen Studierendenausweis vorlegen können.

Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden dadurch eingeschränkt, dass Plakatieren und Flyern in Zukunft nur noch auf kleinen, dafür vorgesehenen Flächen möglich sein soll und Veranstaltungen mindestens einen Monat im Voraus angekündigt werden müssen und einer Erlaubnis bedürfen. Unter solche Veranstaltungen fallen alle möglichen kulturellen Ereignisse, wie Theater- oder Musikabende, politische Diskussionen oder Informations- und Filmabende, aber auch nur ein einfacher Tanzkurs oder das Betreiben eines Infotisches in der Eingangshalle. Auch das dort benutzte Material muss vorher genehmigt werden. Wer sich schon einmal in einer Organisation, einer politischen Gruppe oder ähnlichem engangiert hat, weiß, dass es unmöglich ist, über alle solchen Veranstaltungen einen Monat vorher Bescheid zu wissen.

Ich habe die Universität Paris VIII (noch?) als einen sehr lebendigen Ort kennengelernt. Es werden sehr viele Veranstaltungen von Student_innen selbst organisiert und durchgeführt, die Arbeit von politischen Gruppen, der studentischen Syndikate, ist sehr präsent, sodass die neue Regelung der Universität eine ganz andere Atmosphäre geben könnte. Sie stellt in den Augen vieler einen starken Einschnitt in die Freiheiten der Organisationen, Syndikate und Individuen an der Uni dar.

Nur ein Beispiel, aber ein gutes, für studentische Veranstaltungen an der Uni sind die Filmabende des „Ciné-Club feministe et militant". Ein Anspruch des Kollektivs ist es Filme fernab der großen Kinosäle und des kommerziellen Zyklus zu zeigen; Filme, die sich politisch engagieren und von denen Organisator_innen denken, dass sie von vielen Leute gesehen und hinterher diskutiert werden sollten. Der Kinosaal, eigentlich von Studierenden aus der Filmwissenschaft benutzt, wird so donnerstagabends zu einem Ort, der zu Reflexion und Diskussion einlädt. Auch das „collective féministe" ist politisch an der Uni und im Uniumfeld aktiv. Im März/ April 2014 veranstaltet es das Festival „Moeurs attaque"[1], ein feministisches Festival, das Besucher_innen für Fragen von Sexismus, Geschlecht, Sexualität, Gewalt, Domination oder Klassenzusammenhänge sensibilisieren und diese tiefer ergründen möchte. In der Universität und außerhalb soll das Thema zum Beispiel mit Filmen und Diskussionen, Infotischen, Workshops, Ausstellungen oder Performances kreativ und vielfältig behandelt und vor allem in den öffentlichen Raum, in unser alltägliches Leben – eben auch Universitätsleben - geholt werden.

Doch nicht nur die politische und kulturelle Kultur ist durch die neue Regel in Gefahr. Ein weiterer kritischer Punkt ist vor allem auch, dass der Zugang zur Universität in Zukunft abgeriegelt werden kann und Menschen das Gelände nur noch mit Vorzeigen des Studierendenausweises betreten können. Da es nicht viele verstreut liegende Fakultäten wie an der „Freien" Uni in Berlin sind, sondern ein umzäunter Campus, ist das logistisch leicht durchzuführen, wäre aber ein großer Rückschritt angesichts des Anspruchs einer „Université pour tout-es", einer frei zugänglichen Uni für alle. Wobei ich vermute, dass die Universitätsleitung diesen Anspruch nie hatte – eine Forderung Studierender, die nicht nur auf einer Vollversammlung beschlossen wurde, ist es allerdings seit langem! Noch kann jede_r

die Universität betreten und damit zum Beispiel von der großen Bibliothek oder den verschiedenen Cafés und der Caféteria profitieren. Dass Paris VIII nicht im Zentrum von Paris liegt, sondern in einem Banlieu nördlich der Stadt liegt, in dem eher Menschen mit niedrigerem Einkommen leben, ist durchaus ein Faktor, der dafür spricht, diese Möglichkeiten weiterhin zu erhalten. An der Sorbonne, der vielleicht bekanntesten Uni, die mitten in Paris liegt, ist die Ausweiskontrolle schon lange Gang und Gäbe. Vergessliche Menschen, die ihren Studierendenausweis auch mal zu Hause liegen lassen, sind an einer Elite-Uni wohl unerwünscht. Menschen, die gar keinen besitzen, sowieso.

Das sind nur wenige der umstrittenen Punkte, für deren Durchsetzung die Uni in Zukunft mit einem privaten Sicherheitsdienst sorgen will und wogegen sich Widerstand formierte.

Gegner_innen einer solchen Regelung und der Art und Weise wie sie vom Präsidium ohne studentische Mitbestimmung erarbeitet wurde, befürchten dass die Universität, als ein lebendiger Ort voller spontaner Begegnungen und bunter Organisation(en) gefährdet ist.

Wie sich an der „F"U Widerstand gegen die RSPO[2] gebildet hat, reagierten Studierende der Paris VIII auch nicht mit stummer Akzeptanz. Im Gegenteil, als das Semester anfing, fanden teilweise wöchentlich Vollversammlungen („Assemblée generale") statt. Verschiedene Gruppen der Uni, vor allem das Syndikat „Solidaires étudiant-e-s", informierten über geplante Regelung und mobilisierten Menschen zur Teilnahme an den Vollversammlungen und der Bildung verschiedener Aktionsgruppen. Parallelen zu dem Kampf gegen die „RSPO" lagen auch in der Art und Weise wie nach gescheiterter Kommunikation Sitzungen des „Conseil administrativ" (CA), vergleichbar mit dem Akademischen Senat (AS) der „F"U, blockiert wurden und auch wie wiederum die Leitung der Universität reagierte. Auch in Paris wird mit Flucht aus der Uni und Polizeischutz reagiert. Statt in einen wirklich offenen Gesprächsprozess zu treten, wird auch hier eine Politik betrieben, die Studierende aus- statt mit einschließt.

Wenn mensch in dieser Zeit Kurse an der Uni besucht, kann es gut sein, dass diese für eine kurze Ankündigung unterbrochen werden, in der eine Gruppe von Studierenden auf eine VV aufmerksam macht oder die Leute direkt zu einer Demo durch die Uni mobilisieren möchte. Nachmittags, die Uni verlassend, trifft mensch auf „Goûter"-Stände, sowas wie eine VoKü[3], die, von Studierenden organisiert, mal belegte Baguettes anbietet, ein anderes mal Gebäck. Neben Infomaterial über den jeweils aktuellen Stand im Prozess um die Einführung der umstrittenen Regelung gibt es zum Beispiel die „Tarte à Kowski" (der Nachname der Präsidentin der Uni ist Tartakowski und Tarte heißt Torte), Donuts („Do-Not Come in" betitelt - in Anspielung auf die Eingangskontrolle) oder Marmorkuchen als „BARRE-AGE de marbre" betitelt (barrage ist das französische Wort für Absperrung).

Infolgedessen noch einmal die Frage wie viel wird noch übrig sein von den Ansprüchen aus ‚69, wenn die neue Regelung zur Anwendung kommt? Wenn alle, die keinen Studierendenausweis haben, draußen bleiben müssen, wenn die Meinungsfreiheit de facto keine mehr sein wird, weil sie vom guten Willen der Universitätsleitung abhängt und wenn mehr und mehr Geld in die Einstellung von privatem Sicherheitsdienst gesteckt wird, der die Befolgung der Regeln überwacht?

In Deutschland und auch an anderen französischen Universitäten ist es leider unvorstellbar dass auch Menschen „sans papiers" oder Leute ohne Abitur studieren können, an der „Paris VIII" ist dies momentan noch Praxis!

Doch auch die Uni läuft Gefahr ihren allgemein doch noch besonderen Status zu verlieren, denn die Entwicklung der Universität steht in einem größeren Kontext: Gesetze wie das „LRU" (Loi relative aux libertés et responsabilités des universités – seit 2007) und das im Juli 2013 beschlossene Gesetz „Loi Fioraso" (benannt nach der Ministerin fürs Hochschulwesen, soll ab Juni/Juli 2014 in Kraft treten) öffnen die Universität der Wirtschaft, stellen akademische Recherche immer mehr unter den Blickwinkel ökonomischer Verwertbarkeit und zwingen zur Fusionierung. Ca. 80 Universitäten sollen ab 2014/15 laut Plan zu 30 fusioniert werden, Regionalisierung nennt sich das euphemistisch und bedeutet, dass mehrere Unis innerhalb einer Region sozusagen unter einen akademischen Vertrag fallen.

Schon der Widerstand gegen das „reglement interieur" (das leider letzten Endes verabschiedet wurde – wenn auch unter Polizeischutz!) stand in Verbindung eines Kampfes gegen diese nationale Gesetzgebung, und Paris VIII war nicht alleine, im letzten Semster fanden eine Besetzung in Montpellier, ein Streik in Toulouse, Vollversammlungen, Demonstationen und kleinere und größere lokale Aktionen und Aktionstage an Universitäten in ganz Frankreich statt. Es wird gegen die Neoliberalisierung der Hochschulen, die durch diese Gesetze vorangetrieben wird, vorgegangen. Mensch kann nur hoffen, dass der Widerstand anhält und eine größere, landesweite Bewegung entsteht. Und u(ni)topistisch gedacht, nicht nur eine landes- sondern am besten weltweite – denn Entwicklungen und Probleme ähneln sich oft. Paris – Berlin ist da nur ein Beispiel.

1 Das Wort moeurs bedeutet Sitten oder Anstand - diese sollen attackiert werden. Außerdem ist es ein Wortspiel mit dem Monat März (frz. mars).
2 Wer mehr über das RSPO-Prozedere an der „F"U wissen möchte, kann das in der ersten Ausgabe der „Unitopia" nachlesen!
3 im deutschen Abkürzung für Volxküche, Essen gegen Spende

Wer mehr wissen möchte (und französisch versteht) :

Zur allgemeinen Situation des studentischen Widerstands in Frankreich: *http://etudiantesenluttes.wordpress.com/*

Offizielle Homepage der Universität: *http://www.univ-paris8.fr/*

Paris VIII politisch: http://paris8enquestion.wordpress.com/

Solidaires étudiant-e-s (Paris VIII): *http://solidairesetudiantesp8.over-blog.com/*

Feministisches Kollektiv (Paris VIII): *http://collectivefeministe.over-blog.com/*

Keine Zauberlehrlinge sondern portugiesische „Burschis“ - Bild CC BY-SA by Miguel Pires da Rosa

Auslandskorrespondenz: Lissabon

VON SADISTISCHEN RITUALEN, REVOLUTIONÄR_INNEN UND AUTOMATISCHER ANWESENHEITSKONTROLLE

Drei Bruchstücke einer Geschichte der portugiesischen Universitäten als politischer Raum

Berlin/Lissabon. In Portugal ist Krise. Da muss es doch richtig abgehen in der Hochschulpolitik! Sollte man zumindest denken. Umso erschreckender ist es, dass an den dortigen Universitäten als erstes zweifelhafte Verbindungen schwarz-weiß uniformierter Studis auffallen. Gab es hier nicht erst vor 40 Jahren eine Revolution gegen den Faschismus? Was ist heute davon geblieben? Unsere rasende Reporterin war mit Erasmus-Geld vor Ort und ist den Dingen auf den Grund gegangen.

Dura praxis, sed praxis

Jedes Jahr ziehen Gruppen schwarz-weiß uniformierter Studierender nachts durch die portugiesischen Uni-Städte, betrinken sich und frönen Allerlei zweifelhafter Rituale. Ihre Tracht ist seit dem Spätmittelalter unverändert und erinnert mit wallenden Umhängen nicht zufällig an „Harry Potter“: Die schwarze „traje“ diente J.K. Rowling als Inspiration für ihre Figuren, als sie Anfang der 1990er in Porto als Englischlehrerin arbeitete. Wir haben es hier aber nicht mit Zauberlehrlingen zu tun, sondern mit einer sehr fragwürdigen studentischen Tradition, die streng hierarchisch organisiert ist. Bei ihrem Eintritt in die Universität müssen die Erstsemester sich ihr Ticket in die altehrwürdigen „Associações Academicas“ erst teuer erkaufen. Bevor sie die schicke Uniform tragen dürfen, werden sie allerlei erniedrigenden Ritualen unterzogen. „Praxe“, heißt dieser Brauch, schlicht „Praxis“. „Dura praxis, sed praxis“ skandieren die Gedemütigten in alter Tradition auf Latein, während sie über die Straße robben oder ihr Gesicht in den Schlamm drücken (um nur zwei eher harmlose Beispiele zu nennen): „Praxis ist hart, aber es ist eben Praxis.“ Manchmal aber sind die „praxe“ nicht einfach nur unangenehm und auch ein bisschen amüsant, sondern tödlich: Im August 2012 erlitt eine 26-jährige Studentin während eines Rituals einen Herzstillstand und fiel ins Koma. Ein Jahr nach dem Vorfall starb sie. Wenig später, im Dezember 2013, wurden sieben Studierende beim „ausprobieren“ von neuen praxe-Ritualen am Strand von einer unerwartet großen Welle ins Meer gespült. Nur einer von ihnen überlebte.

Wer die Hölle der Erniedrigung überstanden hat, darf ein Jahr später selbst die Erstsemester demütigen. So setzt sich in der Studierendenschaft ein uraltes Herrschaftsprinzip fort, das seine Wirkungsmacht schon quer durch die Weltgeschichte in den verschiedensten militärischen und faschistischen Strukturen unter Beweis gestellt hat.

Revolution gegen den Faschismus

Die andere Seite der Medaille glänzt schon eher: Es gibt auch Associações Academicas mit politischem Anspruch. Sie haben ihre Tracht schon lange abgelegt und praktizieren auch keine sadistischen Rituale, sondern können auf eine lange Geschichte der Auflehnung gegen die herrschenden Verhältnisse zurückblicken. Als die Nelkenrevolution 1974 die faschistische Diktatur in Portugal stürzte, war die Studierendenbewegung daran nicht unwesentlich beteiligt. Schon in den 1960er Jahren entstanden an den Universitäten unzählige kleine und größere Associações, die für mehr Mitbestimmungsrechte, eine Hochschulreform, gegen den Kapitalismus und im Untergrund auch gegen das faschistische Regime kämpften. Im damals sehr armen, agrarisch geprägten Portugal kam es in den 1960ern zum ersten Mal zur Entstehung einer urbanen Mittelklasse, deren Kinder auf die Universitäten drängten. Waren die Unis zuvor traditionalistische Elitenschmieden gewesen, so studierten nun immer mehr junge Menschen – zum ersten Mal auch Frauen – die sich eher an emanzipatorischen Bewegungen rund um die Welt orientieren denn am erzkatholischen Folklore-Staat Portugal, den das Regime zu konstruieren versuchte. Die politischen Formen dieser Bewegungen waren vielfältig. Dazu gehörte politisches Liedermachen (die Rolle des studentisch geprägten „Fado de Coimbra“ für die Revolution ist nicht zu unterschätzen) genauso wie der Marsch durch die Institutionen oder die gute alte Hörsaalbesetzung. Die Repression durch das Regime war allgegenwärtig und hart – beliebtestes Mittel zur Disziplinierung junger, dissidenter Männer war der Einzug zum Militär. So wurden viele junge Portugiesen dazu gezwungen, in den portugiesischen Kolonialkriegen in Mosambik, Angola und Guinea-Bissão zu kämpfen, die von 1961 bis 1974 dauerten. Hier verwob sich der Kampf der Studierenden mit der Kolonialfrage und schließlich der Revolution: Durch die Zwangsverpflichtung der Soldaten entstand in den Truppen eine kritische Masse junger Menschen, die keinesfalls gegen die afrikanischen Unabhängigkeitskämpfer_innen ins Feld ziehen, sondern viel lieber das Regime zuhause stürzen wollten. Sehr vereinfacht gesagt liegen hier die Wurzeln des „Moviemento das Forças Armadas“, der linken „Bewegung der Streitkräfte“, die am 25. April 1974 der Diktatur und dem Kolonialkrieg in einem unblutigen Militärcoup ein Ende setzte.

Studieren in der Krise

Und heute? In Zeiten der Krise steigen die Studiengebühren, während das staatliche Stipendiensystem sich rasend schnell auflöst. Ein Bachelorstudium kostet in Portugal zurzeit 1.068,92€ pro Jahr. Bei einem Jahres-Durchschnittseinkommen von ca. 15 000€ brutto (in Deutschland ist dieser Wert etwa doppelt so hoch, während die Lebenserhaltungskosten sich weniger eklatant unterscheiden), einer immer höheren Steuerlast für mittlere Einkommen und einem Mindestlohn von 2,92€/Stunde wird die Universität im Eiltempo wieder zur Elite-Veranstaltung. Studieren kann nur, wer Geld hat oder bereit ist, sich abhängig von Familienstrukturen zu machen. Immer mehr Studierende müssen auf unbestimmte Zeit bei ihren Eltern wohnen. Nicht weniger besorgniserregend ist die Situation vieler Paare, die zusammen wohnen und von deinen nur eine_r studiert, während der/die andere zum arbeiten und/oder abwarten gezwungen ist – das Geld reicht eben nur für ein Studium zur gleichen Zeit.

Studentischer Protest gegen das Spardiktat - Bild CC BY by Pedro Ribeiro Simões

Anwesenheitskontrolle per Chipkarte

Angesichts dieser wirtschaftlichen Lage bleiben den meisten jungen Menschen weder der Zeit noch Nerven für politisches Handeln. Der Kampf der Studierenden kommt über Unterschriftensammlungen für die Einrichtung einer größeren Kantine und kleine Demos vor den Toren des Bildungsministeriums kaum hinaus. Wie überall fehlen im verschulten Bachelor-Master-System Zeit und Expertise für ausdauernden Protest. Kaum jemand bleibt lange genug an der Uni, um sich tiefergehend mit Problemen und wirksamen Protestformen auseinandersetzen zu können. Dazu kommt, dass die Universität sich zu einer Art Big Brother entwickelt: Die Anwesenheit in den oft dreistündigen Lehrveranstaltungen wird per personalisierter Chipkarte kontrolliert. Einmal zu Beginn und noch einmal nach der kurzen Pause müssen alle ihre Karten durch einen Magnetschlitz neben der Tür des Seminarraums ziehen. Als Antwort kommt ein grünes oder ein rotes Leuchten. Wer öfter als zweimal gefehlt hat, fliegt aus dem System. In einem Gebäude, das seine Insassen schon von selbst überwacht, fällt es wirklich schwer, sich noch politischen Raum zu erkämpfen.

Wer mehr wissen will

Eine Auswahl zur allgemeinen Situation in Portugal unter den Kürzungsdiktaten:

http://www.heise.de/tp/news/Verfassungsgericht-staerkt-portugiesische-Regierungsgegner-erneut-2102119.html

http://www.heise.de/tp/news/Kolossaler-Protest-in-Portugal-1994646.html

http://www.nachdenkseiten.de/?p=18350

http://www.nachdenkseiten.de/?p=17552

Stimmengewirr

„Ein Kommilitone von mir aus der angewandten Informatik sagte vor ein paar Jahren mal zur Frage politischer Beteiligung: ‚Die Politiker sollen ihren Job machen und ich meinen'. Solche Meinungen höre ich häufiger. Ich finde, das ist eine sehr bedenkliche Einstellung zur Demokratie."
-Ein „frisch gebackener" Historiker, Uni Halle, 2014

„Wer Ende der 1980er Jahre studiert hat, dem ist die Universität als politischer Ort schon nicht mehr vertraut geworden. Immerhin gab es zu der Zeit kaum einen Zweifel, dass hier ein Ort geistiger Unabhängigkeit vorzufinden war, der einem Studierenden den Freiraum gab, sein Wissen nach eigenen Vorstellungen zu erweitern und darüber hinaus seine Persönlichkeit zu entwickeln. Heute dagegen trifft man - kein Scherz - auf Bezeichnungen wie „Mono-Studiengang (ohne Nebenfach)", dessen Beschreibung von Studienphasen, Studienmodulen, Leistungspunkten etc. etc. allein ein Werk von 70 (!) Druckseiten ergibt. Dieses zu studieren mag heute einen Charakter bilden - allerdings nur einen kleinen."
-Frank M., Jahrgang 1965, studierte Politik und Informatik, Uni Hamburg

„es gab einige aktive Gruppen, die immer wieder zu größeren oder kleineren Demos aufriefen. Unsere Fachschaften trafen sich regelmäßig, um Aktionen zu planen, Zusammenhalt zu erreichen usw."
-Ich habe von 1972-1976 studiert in Bielefeld.

WIE HABT IHR POLITISCHE ÖFFENTLICHKEIT UND POLITISCHEN DISKURS IN DER UNIVERSITÄT ERLEBT?

„Bevor man ein Essenstablett [in der Mensa] abstellen konnte, musste man mit der anderen Hand erstmal die zu Papierfliegern oder Aschenbechern (mit Kippen) umfunktionierten Flugblätter soweit dezimieren ..., dass das Tablett einigermaßen grade stehen konnte. Der Sprachduktus auf diesen Produkten war stets apodiktisch, meist martialisch und so mit „Schlagwörtern" - das meine ich wörtlich - durchtränkt, dass selbst die wohlmeinenden StudentInnen eher früher als später ihre Aufmerksamkeit dem „Reis mit Scheiß" auf ihrem Teller zuwandten. ... Das heißt aber nicht, dass die Masse völlig unpolitisch war: Demos jeglicher Thematik hatten meist regen Zulauf - erstaunlicher Weise auch, wenn das Wetter nicht ganz so mitmachte ... Aus heutiger Sicht war die Uni schon eine politische Spielwiese, einige der Hauptakteure haben sicher an Eloquenz, Erfahrung im Umgang mit „politischen Gegnern" usw. gewonnen und haben dies auch später für sich oder ihre Arbeit nutzen können."
-Anglistik- und Germanistikstudentin, späte 70er/frühe 80er, Uni Kiel

„Ich kam als „später 68 er" an eine eher ruhige Universität. Das Gros der Studenten war bereits unpolitisch, insbesondere in meinem Fachbereich. Die studentische Politik bewegte sich im Rahmen der großenteils parteipolitisch orientierten studentischen Gruppen wie Jusos, MSB Spartakus u.a. Ich selbst sah mich als undogmatischer Linker, die Uni-Politik war nicht mein Ding. Mit einigen anderen initiierte ich Diskussion im Lehrbetrieb (Seminare, z.B. Kriminologie, „Plädoyer für die Abschaffung des Strafrechts" u.a.). Daneben gab es auch in der „Provinz" eine vielfältige Sponti-Szene außerhalb der Uni, in der ich mich an vielen Demonstrationen und umweltpolitischen Projekten (z.B. Stromzahlungsboykott gegen Atomwirtschaft) betätigte. Insgesamt habe ich die Studentenzeit in politscher Hinsicht sehr ambivalent erlebt, die Vorstellung und Hoffnung der großen Befreiung aus der Schüler- und Studentenbewegung der 60er Jahre wurde enttäuscht."
-Stephan Werle, 1974 - 1980 Studium Rechtswissenschaft an der Johannes-Guttenberg-Universität Mainz

„Die politische Auseinandersetzung war ein wichtiges Element im Soz-Päd-Studium und in meiner Persönlichkeitsentwicklung. Der große Teil der Studenten an der FHSS waren politisch engagiert, nicht parteipolitisch, sondern gesellschaftspolitisch. Die Plena waren überfüllt, die Diskussion teilweise sehr heftig und laut. Daraus erwuchsen vielfältige Aktionen: Petitionen, Demonstrationen, Arbeitskreise und konkrete Projekte (Knastgruppen, Öffnung der Psychiatrie u.a.)"
-Karin Rückemann, 1979/1980 Studium Mathematik (2 Semester) FHW Berlin, 1980 – 1983 Studium Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der FHSS Berlin

UniGardening

PERMAKULTUR ZUM ANBEISSEN!

Gastbeitrag von der Projektwerkstatt „Permakultur & Terra Preta“ .

Studierende realisieren im Botanischen Garten der Freien Universität Berlin einen grünen Lern und Begegnungsort zum Thema Permakultur

Initiiert von der „TU-Projektwerkstatt Permakultur & Terra Preta in der Stadt & auf dem Land“ planen Studierende im Botanischen Garten (BoGa) der FU Berlin ein Permakultur Garten.

Kernidee von Permakultur (von Permanent Agriculture) ist die standortangepasste Gestaltung eines Gartens, der die vorhandenen Ressourcen und Stoffkreisläufe optimal nutzt. Mit vertikalen Pflanzmodulen und mit mobilen Hochbeeten wollen die Studierenden Nutzpflanzen auf einer 500 m2 großen Ackerfläche kultivieren. Ganz im Sinne der Permakultur setzen die UniGärtnerInnen auf die Mischkulturen vielfältiger Tier- und Pflanzengemeinschaften, sowie u.a. auf die Aussaat regional angepasster Pflanzensorten. „Langfristiges Ziel unseres Projektes ist es, mit dem Garten die Idee eines sich selbst erhaltenden Ökosystems zu gestalten und einen grünen Treff- und Lernort zum Thema Urban Gardening für und mit den Besucherinnen und Besuchern des Botansichen Gartens zu schaffen“, so Carlota Mayolo, eine der Studierenden.

Nachhaltige Gartenvision umsetzen

Innerhalb von zwei Jahren wollen die UniGärtner_innen verschiedene Hügel-, Hoch- und Frühbeete für Nutz- und Nahrungsmittelpflanzen, eine Kräuterspirale und vertikale Begrünungen vor Ort umsetzen. Ziel der Gruppe ist es dabei, die Permakulturprinzipien auf der Ackerfläche zu erproben, die Erfahrungen zu dokumentieren und letztlich mit minimalen Eingriffen in die Natur einen maximaler Ernteertrag schaffen, den sie mit anderen teilen möchten.

UniGardening – Im Netzwerk nachhaltige Ideen umsetzen

Das besondere an dem UniGardening-Projekt ist, dass die Realisierung in enger Zusammenarbeit mit der Initiative SUSTAIN IT! Nachhaltigkeit + Klimaschutz der FU Berlin und mit dem Erfahrungswissen engagierten Mitarbeiter_innen des BoGa umgesetzt wird.

Mit dem Slogan „UniGardening: Essbarer Balkon - think globally, act balcony“ schlossen sich weitere FU-Projektgruppen dem Gartenprojekt an. Sie wollen auf dem Gelände die Idee und den Leitfaden für einen „Essbaren Balkon“ in der Praxis vorstellen, der durch einen kritischen Infopfad zur Thematik des Nahrungsmittelanbaus und –konsums begleitet wird. Des Weiteren soll ein Ferienprogramm zum Thema der „Erneuerbaren Energien“ für Schulkinder von Studierenden entwickelt und an das Gartenprojekt angedockt werden.

Und Terra Preta?!

Terra Preta – die „Schwarze Erde“ wird schon seit Jahrtausenden hergestellt. Es handelt sich um den fruchtbarsten Mutterboden von Menschenhand gemacht. Das Holzkohle- Bioabfall- Fäkaliengemisch wird anaerob fermentiert und ausgebracht, wo es dann weiterhin Humus bildet und somit atmosphärischen Kohlenstoff aus CO2 bindet, so gelangt Kohlenstoff dauerhaft in den Boden. Er wird damit dem Kohlenstoffkreislauf entzogen und reichert beim Humusaufbau weiteren Kohlenstoff an, sprich: Terra Preta mildert den Klimawandel. Die Schwarzerde bietet u.a. auch ein hohes Aufnahmevermögen für Feuchtigkeit, was sich z.B. in Jahren mit langen Trockenperioden positiv auf die Ernte auswirken kann.

Du willst mitmachen bei dem UniGardening Projekt der FU Berlin?

Auf unserer Projektfläche im BoGa wird es im Sommersemester 2014 Workshops und Aktionen rund ums Thema Urban Gardening geben, an denen du dich beteiligen kannst.

Kontakt: FU/BoGa-Gruppe:

UniGardening@Alternative-Agriculture.org

TU Projektwerkstatt: *www.Alternative-Agriculture.org/pw*

Initiative SUSTAIN IT / Projektkurs „Vom Wissen zum handeln“, zu den Projekten „UniGardening: Essbarer Balkon - think globally, act balcony“ und Ferienprogramm: *www.fu-berlin.de/sustain-it*

Auch ist die Projektwerkstatt „Permakultur & Terra Preta“ noch an weiteren Berliner Hotspots in Sachen Urban Gardening aktiv!

ABGESCHRIEBEN:

An den Hochschulen geht‘s ***ums Ganze!***

Eigentlich ist Hochschulpolitik lächerlich, ohne sich Gedanken **„ums Ganze“** zu machen.

Was heute in den Hochschulen passiert, **korrespondiert** zu dem, was in der Gesellschaft geschieht.

Was **morgen** in der Gesellschaft entsteht, wird auch Folge davon sein, wie wir heute die Hochschulen gestalten.

*DAS HOCHSCHULSYSTEM …**LIEFERANT** DER MARKTWIRTSCHAFT*

Das zweistufige Studium mit Bachelor und Master reagiert auf die **Anforderungen des Arbeitsmarkts**.

In der **Wissensgesellschaft** werden viel mehr Menschen gebraucht, die eine Hochschule von Innen sahen, die Komplexes lesen und produzieren, gestalten oder programmieren können.

Es werden aber nicht wirklich mehr „echte“ Akademiker*innen, Expert*innen und „Führungskräfte“ benötigt: Ein Drei-Jahres-**Schnupper-Studium** genügt.

Bachelor und Schulzeitverdichtung (G8) federn die Herausforderungen des **demographischen Wandels** für die Sozialsysteme etwas ab.

Ihre Einführung schafft auch kurz einen Berg an (sogenannten) **Fachkräften**.

Bildungsmöglichkeiten sind heute eher eine politische als eine technische Frage.

Im **Informationszeitalter** ist die Zugänglichmachung von Wissen nicht mehr so schwierig.

Es verbleibt vorrangig die Frage, wer wann Raum erhält, sich Wissen und Fähigkeiten anzueignen und sich frei zu entwickeln.

Gerade der breite Zugang zu Hochschulbildung schafft die „Notwendigkeit“ für **Elite- und Privatunis**.

Denn angesichts der Massenproduktion von niederen Akademiker*innen bemüht sich die Elite, die höheren Bildungswege und **Posten** für ihre eigenen Nachkommen zu pachten.

Aber wozu sollten wir ernsthaft Respekt vor den Reproduktionswünschen von Unternehmen und Eliten haben, die angesichts der großen **Krisen** unserer Zeit versagen?

*DAS HOCHSCHULSYSTEM …**KONKURRENT** DER MARKTWIRTSCHAFT*

Der Widerspruch zwischen klassischen Hochschulen und **Privatwirtschaft** verschärft sich.

Wissensproduktion und Informationsverarbeitung werden heute stärker in die ökonomische Sphäre eingebunden. Somit wandeln sich auch die Hochschulen zu wirtschaftlicheren Playern, zu **Konkurrenten**!

Verstärktes **Wettbewerbsprinzip** zwischen den Hochschulen und Privatisierungen sollen den Widerspruch zugunsten der Privatwirtschaft lockern.

Ein starkes, staatlich ausfinanziertes, sich nicht im Pseudowettbewerb aufreibendes Hochschulwesen wäre ein mächtiger Konkurrent für die neuen Profiteur*innen der **Wissensökonomie**. Schon allein darum müssen die Hochschulen gegeneinander konkurrieren.

Trotzdem wird die Welt der Wissensgesellschaft zu großen Teilen an Hochschulen erschaffen.

Gerade auch Studierende können und werden **diese Welt weiter gestalten**.

Wer in Deutschland studiert, gehört immer noch zum **privilegiert**esten Teil der Weltbevölkerung.

Privilegiertheit korrumpiert und **ermächtigt** zugleich.

Wir werden heute dazu **herangezüchtet**, die Informationen, Arbeitsabläufe und Funktionen unserer zunehmend automatisierten Welt zu ordnen.

Das heißt: Wir werden heute dazu herangezüchtet, herrschende Klassen **überflüssig zu machen**.

Das heißt: **Wir sind gefährlich**. Wir merken es nur nicht.

Abgeschrieben

In „Abgeschrieben“ (wieder)veröffentlichen wir Texte anderer Gruppen. Dieses Mal handelt es sich um einen Text des Referats für Kultur- und Gesellschaftskritik des AStA TU Berlin anlässlich des 3. umsGanze-Kongresses 2013 an der TU Berlin.

LERNMASCHINEN?

Nicht denken! Lernen!
Nicht hinterfragen! Hinnehmen!
Nicht widersprechen! Funktionieren!
Das soll Bildung sein?

Gehetzte Menschen überall
und sie stehen unter Druck,
müssen immer fleißig büffeln,
nichts als roboten Schluck um Schluck.

Und da dies nicht schnell genug geht,
dass wir der Wirtschaft zugeführt,
drückt mensch uns mit Repressionen,
wird uns ein Studienplan geschnürt.

Doch wenn wir uns dagegen wehren,
erheben das Wort laut zum Protest,
wird prügelnd‘ Wachschutz losgelassen,
gibt der Bildung Freiheit schnell den Rest.

Steuerung + Alt + Entfernen
→ Programm beenden,
was Neues starten:

Denken, nicht nur lernen;
hinterfragen, nicht hinnehmen;
widersprechen, nicht einfach funktionieren;
nur das kann Bildung sein.

09.03.2014, Creative Commons BY-NC-ND by Meas Wolfstatze
http://tintenwolf.mrkeks.net/

Soliparty

Mit

Früchte des Zorns

+ Vokü

TOMMY WEISBECKER HAUS

29.4.2014 ab 19 Uhr

Für Solidarität
und Freie Bildung

Lebt und lest unitopisch